

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd Dokumentation: Uwe Gepp (verantw.)

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 25,75 Euro, jährlich 309 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-191,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 15. Juli 2014

www.epd.de

Nr. 28

■ Selig sind die Friedfertigen!
Reaktionen auf das Afghanistan-Papier der EKD
vom 27. Januar 2014

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ Zwischen voller Zustimmung und deutlicher Kritik

Ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des EKD-Papiers »Selig sind die Friedfertigen«, Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik« unternimmt die vorliegende *epd Dokumentation* den Versuch, die Reaktionen auf den Text der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung zu abbilden. Der Würzburger Theologe

und Publizist Gerhard Arnold hat die Beiträge aus Kirchen, Politik und Publizistik gesammelt, ausgewählt und kenntnisreich mit einem ausführlichen, einordnenden Vorwort versehen. »Die Bandbreite (der Reaktionen) bewegt sich zwischen voller Zustimmung und deutlicher Kritik«, bilanziert Arnold. *epd Dokumentation* dankt den Verlagen und den Verfassern für die Erteilung der Abdruckgenehmigungen.

Die Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Debatte, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. *epd Dokumentation* hat das Afghanistan-Papier bereits Anfang des Jahres veröffentlicht (Ausgabe 6/2014) und wird über das vorliegende Heft hinaus die friedensethische Debatte, die nicht zuletzt mit den Forderungen nach einer stärkeren internationalen Rolle Deutschlands und der Bundeswehr an Aktualität gewonnen hat, auch künftig weiter begleiten.

Quellen:

Selig sind die Friedfertigen! Reaktionen auf das Afghanistan-Papier der EKD vom 27. Januar 2014

Öffentliche Erklärungen und Stellungnahmen, Interviews und Medienberichte

Aus dem Inhalt:

Selig sind die Friedfertigen! Reaktionen auf das Afghanistan-Papier der EKD vom 27. Januar 2014

▶ Gerhard Arnold: »Einführung«	4
▶ 1. Kirchliche Reaktionen	9
▶ 2. Stellungnahmen aus der Politik	25
▶ 3. Publizistische Beiträge	31

Einführung

Von Gerhard Arnold

Am 27. Januar 2014 stellte die EKD ihre neue und umfangreiche Stellungnahme zum Afghanistankonflikt in Berlin vor. Ihr Titel: »Selig sind die Friedfertigen«, Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik, Eine Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD.¹

Die medienwirksame Präsentation bestand aus zwei Teilen, der Pressekonferenz mittags und der Podiumsveranstaltung in der Evangelischen Akademie in Berlin am frühen Abend.

Die Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes epd widmete der neuen EKD-Publikation eine eigene Dokumentation². Sie erschien am 4. Februar 2014 mit dem gleichen Titel wie die Stellungnahme der EKD. Zusätzlich zum Text enthielt sie die Pressestatements des EKD-Ratsvorsitzenden, Altpräses Nikolaus Schneider und des Kammervorsitzenden Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier.

Die vorliegende Publikation des epd bietet in Auswahl mediale Reaktionen auf das neue Dokument der EKD. In einem kurzen Zeitraum von etwa zwei Wochen, beginnend unmittelbar nach dem 27. Januar, veröffentlichten profane und kirchliche Zeitungen, Hörfunksender, kirchlich gebundene Politiker und Publizisten, dazu einzelne Pfarrer und Theologen eigenständige Kommentare und Analysen. Die Bandbreite bewegt sich zwischen voller Zustimmung und deutlicher Kritik; dazwischen liegen mehr referierende Texte.

Die zeitlich letzte Stellungnahme eines Theologen, die von Dirck Ackermann, wurde in der Juniausgabe der Zeitschrift »zur sache.bw« abgedruckt.³ Es ist jetzt, Mitte des Jahres, erlaubt, die Medienreaktionen auf das Afghanistan-Papier der EKD als abgeschlossen zu betrachten. Selbstverständlich sind künftig wissenschaftlich-theologische Beiträge zu erwarten, die sich mit verschiedenen Aspekten der Stellungnahme beschäftigen; aber das ist dann eine andere Ebene.

Über die Tagesaktualität hinaus versteht sich die vorliegende Publikation auch als kirchlich-zeitgeschichtlicher Beitrag mit dem Bemühen, den interessierten Lesern Hilfen anzubieten, um die unterschiedlichen Reaktionen, auch Nicht-Reakti-

onen auf den Text der EKD besser einordnen zu können.

Friedensethischer Klärungsbedarf nach der Afghanistanreise 2011

Doch zunächst ein kurzer Rückblick auf das Anliegen der Stellungnahme zu Afghanistan. Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider, der evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann und der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm reisten vom 2. bis 5. Februar 2011 ins Bundeswehr-Feldlager Mazar-i Scharif nach Nord-Afghanistan.⁴ Es war ein Pastoralbesuch von leitenden Geistlichen, die – wie Präses Schneider mehrfach vor Ort und zu den Medien sagte – »ihre Leute besuchen«. Ein großer Gottesdienst am 3. Februar 2011 und etliche Einzelgespräche mit Soldaten standen im Mittelpunkt des Besuchs, ergänzt um Informationsgespräche mit führenden Militärs und Kompaniechefs, und einen Besuch ziviler Einrichtungen außerhalb des Lagers in der Stadt Mazar-i Scharif. Mit diesem Besuch wollte die EKD die Käßmann-Kontroverse – untrennbar verbunden mit ihrem Diktum »Nichts ist gut in Afghanistan« – abschließen und insbesondere den Soldaten deutlich zeigen, dass die Kirche grundsätzlich nichts gegen sie und ihren Dienst habe. Sichtlich beeindruckt von den Gesprächen, von der Nachdenklichkeit der Soldaten, ihrem vielfachen Ringen mit den ethischen Fragen ihres Dienstes und der Abwesenheit von jeglichem martialischen Gehabe sagte Präses Schneider nach seiner Rückkehr, es bestehe aus seiner Sicht nun Anlass, bei einigen Fragen der Friedensdenkschrift nachzuarbeiten.

Daraus entstand der Auftrag des Rates der EKD an die Kammer für Öffentliche Verantwortung, eine Stellungnahme zu verfassen. Die Kernsätze aus dem Vorwort lauten:⁵

»Leitende Fragestellungen dabei sollten sein: Bewährt sich das Leitbild des gerechten Friedens im Einsatz oder muss es von den Erfahrungen in Afghanistan her konkretisiert, präzisiert oder sogar korrigiert werden? Und: Wird der deutsche Einsatz in Afghanistan dem Anspruch gerecht, eine Rechtsordnung zu schaffen und dadurch Frieden zu ermöglichen?«

Die Endfassung der Stellungnahme vom 27. Januar, die im Blick auf den reinen Text genau

40 Seiten umfasst, erwies sich als sehr heikel. Jeder, der es wissen wollte, konnte hören, dass ihr sehr harte interne Kontroversen in der Kammer vorausgegangen waren. Dem Bearbeiter ist bekannt, dass es auch bei der Erstellung der Friedensdenkschrift von 2007 in der zuständigen Vierer-Arbeitsgruppe erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, die dann aber im Laufe der Diskussionen zu einem allgemein akzeptierten Ergebnis in der Gruppe und zuletzt auch im Plenum der Kammer führten. Die Kontroversen bei der neuen Afghanistan-Stellungnahme waren härter. Eine ursprüngliche Fassung der Mehrheit stieß auf die strikte Ablehnung einer Minderheit. Um eine allgemein zustimmungsfähige Endfassung zu erreichen, wurde der inhaltliche Dissens in der Kammer nun im Endtext förmlich festgehalten.

Altpräsident Schneider geht auf diese Konflikte ein, beschreibt sie aus verständlichen Gründen aber nur sehr abgeschwächt so:⁶

»Im Text finden sich an mehreren Stellen argumentative Gabelungen: Eher verantwortungsethisch geprägte Argumente einerseits und stärker normativ-pazifistisch ausgerichtete Positionen andererseits stehen in einem substantiellen und spannungsreichen Dialog miteinander. Dabei gelingt es, einen differenzierten Konsens zu bewahren. Ich bin dankbar, dass der hier vorgelegte Text diesen prozessualen Charakter evangelischer Ethik prägnant ausdrückt.«

Die Podiumsveranstaltung in der Evangelischen Akademie in Berlin am frühen Abend des 27. Januar bot die bisher einzige Gelegenheit, die internen Kontroversen in der Kammer sichtbar und personenbezogen nachzuerleben. Alleine vom Umfang her – eine Stunde und 22 Minuten – und wegen rechtlicher Fragen war es nicht möglich, diese Diskussion in der vorliegenden Dokumentation durch Transkriptionen abzubilden.⁷ Deshalb werden die wichtigsten Meinungsunterschiede inhaltlich knapp referiert.

Auf dem Podium saßen Prof. Dr. Hans-Richard Reuter und Generalleutnant a.D. Rainer Glatz. Ihre Äußerungen ließen keinen Zweifel daran, dass sie die beiden profilierten Gegenspieler in den Kammer-Auseinandersetzungen waren. Daneben waren der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Markus Grübel, der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig und der Journalist und Bundeswehr-Experte Thomas Wiegold auf dem Podium anwesend.

Als erster hatte Gen. a.D. Glatz Gelegenheit, seine Einwände und eigenen Gesichtspunkte zum Kammer-Dokument vorzutragen. Er nannte drei Punkte:

Das EKD-Papier dürfe keinesfalls als Bilanz des ganzen Afghanistan-Einsatzes betrachtet werden. Zweitens bemängelte er die Militärlastigkeit des Textes und die Konzentration auf den deutschen militärischen Anteil. Tatsächlich sei es eine sehr komplexe Mission unter Beteiligung von 85 Staaten und geschätzt 1.700 Nichtregierungsorganisationen. Das internationale Afghanistan-Engagement habe auch »diplomatische, zivile, entwicklungspolitische und andere Anteile«.

Zuletzt fragte er, ob sich die Kammermitglieder hinreichend klar gewesen seien, dass sie ihre Wertvorstellungen an einen völlig fremden Kulturkreis angelegt haben. Müsse man nicht vor diesem Hintergrund »eine gewisse Bescheidenheit entwickeln, was wir tatsächlich mit dem Einsatz dort bewirken können«? Glatz bedauerte auch, dass auf dem Podium kein Afghane vertreten sei.

Professor Reuter beschäftigte sich in seiner Erwiderung hauptsächlich mit den sogenannten Gabelungen im Text. An insgesamt vier Stellen dokumentiert die Stellungnahme Meinungsunterschiede in der Kammer bei der Beurteilung von Sachverhalten, die sich intern nicht ausräumen ließen. Reuter sieht den Hauptgrund für drei Gabelungen so: »Es gibt in der Kammer eine unterschiedliche Bestimmung des Verhältnisses von ethischen Kriterien, normativen Prinzipien, wie immer man das jetzt nennen mag, und ihrer Relation zur empirischen Situation. Es gibt eine unterschiedliche Gewichtung dieses Verhältnisses.« Was die vierte Gabelung im Zusammenhang der gezielten Tötungen durch Drohneneinsätze angeht, sagte Reuter: »Der Unterschied besteht darin, dass die eine Position sagt, es gibt diese gezielten Tötungen; die andere Seite sagt, es gibt sie nicht. Hier haben wir eine unterschiedliche Situationswahrnehmung.«

Staatssekretär Gübel lobte das Papier allgemein, weil es eine sehr wünschenswerte öffentliche Diskussion über die Auslandseinsätze der Bundeswehr anstoße. Inhaltlich kritisierte er, dass in dem EKD-Papier die Leistungen des zivilen Aufbaus zu kurz kommen.

Der Journalist Thomas Wiegold, durch seinen Internet-Blog mit engem Kontakt zu den Soldaten, referierte erste Blog-Einträge vermutlich von Militärs, die gefragt haben, was das Papier für sie

bedeute. Wiegold meinte, dass die Gabelungen in dem EKD-Papier für Soldaten schwierig seien. In welche Richtung wolle der Text Wegweiser sein oder Leitplanken setzen?

Thomas Ruttig, der Afghanistan-Experte, bemängelte an dem neuen Kirchendokument ebenfalls die Militärlastigkeit; es gehe zu wenig auf den zivilen Bereich der Afghanistan-Mission ein. Ruttig trat auch der Meinung entgegen, mit dem Ende der ISAF-Mission gehe der Krieg im Land zu Ende. Auch sei die Mainstream-Einschätzung falsch, die Lage in Afghanistan habe sich generell verbessert. Man müsse genauer hinsehen. Es habe Fortschritte gegeben, aber vieles sei misslungen. »Von einem Frieden in Afghanistan kann nicht die Rede sein.«

Statements von EKD-Repräsentanten

Der EKD-Ratsvorsitzende Schneider und der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm äußerten sich neben der schon genannten Pressekonferenz noch mehrfach zum Thema. Es können dazu aus Platzgründen aber insgesamt nur drei Beiträge dokumentiert werden.⁸

Pressekommentare und Hörfunkbeiträge

In den Tagen nach Veröffentlichung des EKD-Textes erschienen insgesamt elf Presseberichte und Kommentare als Autorenbeiträge, drei davon in der FAZ, verfasst von Reinhold Bingener.⁹ Sein ausführlichster Beitrag am 28.01.2014 beschränkt sich ganz auf eine Textanalyse ohne eigene Wertungen. Die „Süddeutsche Zeitung“ verzichtete auf eine Berichterstattung, „Die Welt“ bot nicht mehr als eine ganz kurze Inhaltsangabe. Dem links orientierten „Neuen Deutschland“ gefiel in seinem Beitrag insbesondere nicht, dass sich das EKD-Papier überhaupt auf Auslandseinsätze der Bundeswehr eingelassen hat und formulierte eine ironische Überschrift: Zurückhaltend schießen.¹⁰

Die Zahl von sechs ausführlichen Hörfunkbeiträgen fällt auf. Die Deutsche Welle sendete am Tag der Veröffentlichung einen längeren Bericht.¹² Matthias Bertsch vom Deutschlandfunk flocht in seinen Beitrag auch ausführliche Interviewstatements von Prof. Dr. Senghaas-Knobloch ein und wird deshalb als einziger dokumentiert.¹³ Daneben stellte Kirsten Dietrich von Radio Berlin-Brandenburg am 31.01.2014 einen sechsminütigen, rein informierenden Bericht zusammen, mit eingespielten Statements des EKD-Ratsvorsitzenden Schneider und des Kammer-Vorsitzenden Papier aus der Pressekonferenz vom 27. Januar.

Diese Sendung wurde am 2. Februar vom Hessischen und vom Saarländischen Rundfunk übernommen und in Radio Berlin-Brandenburg in einem anderen Programm wiederholt.

Reaktionen aus der katholischen Kirche

Josef König, Chefredakteur der Monatszeitschrift „KOMPASS“, herausgegeben vom katholischen Militärbischof, ging im Editorial der Februarausgabe auf den Text ein.¹⁵ Er lässt deutlich durchblicken, dass er mit der EKD-Stellungnahme zu Afghanistan nicht viel anfangen kann. Er resümiert: »Allzu häufig, und an den tatsächlich entscheidenden Stellen, also dort, wo es darum geht, den Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen des ISAF-Mandats als Kammer gemeinsam zu würdigen, ist immer wieder nachzulesen: ‚Ein Teil der Kammer‘. Oder ebenso: ‚Ein anderer Teil der Kammer‘. Das liest sich letztendlich alles wie eine ausgewogene Zusammenschau aller vorfindbaren sicherheitspolitischen und friedensethischen Auffassungen.« Er fragt auch: »Vielleicht kommt das Kammerpapier auch zu früh.«

Neben diesem einen Autorenbeitrag von Josef König äußerte sich keine andere katholische Institution, die mit Friedensethik, Soldaten und Militärsorge zu tun, zu dem EKD-Text.

Stellungnahmen von Parteien und parteipolitischen Gruppen

Während die Friedensdenkschrift der EKD vom Oktober 2007 zu sofortigen Presseerklärungen aller im Bundestag vertretenen Parteien führte, reagierte jetzt nur der Evangelische Arbeitskreis der CSU und der CDU,¹⁶ und im Gefolge davon die CSU-Parteizeitung Bayernkurier¹⁷.

Man muss die gemeinsame Erklärung des bayerischen Landesvorsitzenden Christian Schmidt und des EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel genau und vollständig lesen, um ihr Anliegen zu verstehen. Der erste Teil enthält Zustimmung zu der Entscheidung der Kammer, kein künstlich-harmonisierendes Gesamtvotum versucht zu haben. Dann wird ein altes Anliegen speziell der CSU seit 2004 genannt, der sogenannte »vernetzte Ansatz« bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zuletzt wird das bemerkenswert soldatenfreundliche Kapitel 4 gelobt. Die sich dann anschließenden kritischen Fragen lassen aber keine Zweifel aufkommen, wie reserviert man dem neuen Afghanistan-Papier der EKD gegenübersteht. Die Rede ist nun von »vielen offenen und strittigen Diskussionsobjekten«. Im letzten Satz wird pau-

schal von der »Unvollständigkeit« des Papiers gesprochen.

In gewisser Weise ist die letztlich kritische Stellungnahme des EAK eine Fortführung früherer sehr kritischer Stellungnahmen von Unionspolitikern zu den Äußerungen der damaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann.¹⁸

Eine eigene, kurze Betrachtung verdient das Statement von Winfried Nachtwei, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN von 1994 bis 2009, in mehrfacher Hinsicht.¹⁹ Nachtwei ist unbestritten über Parteigrenzen hinweg der kundigste Afghanistan-Experte im Deutschen Parlament gewesen. Seine 16 Reisen an den Hindukusch, seine vielen Gespräche im Land und seine intensive Befassung mit der Entwicklung und den vielen Problemen in Afghanistan verschafften ihm einen großen Schatz an selbst gewonnenen Eindrücken und Erkenntnissen. Seine Stellungnahme fällt auch durch einen großen Umfang von sechs Seiten auf. Da Nachtwei häufig in Evangelischen Akademien auftritt, sich auch in der Käßmann-Kontroverse sehr freundlich, aber auch kritisch geäußert hat, war eine neuerliche Äußerung von ihm zu erwarten. Besonders interessant ist seine Stellungnahme also deshalb, weil kein anderer Autor von öffentlichen Statements zum EKD-Papier Nachtwei an Fachkenntnis gleichkommt. Schon seine Überschrift zeigt bei vielfältiger Zustimmung zu Einzelpunkten auch Reserviertheit: Eher Anstöße als Orientierung. Dem sachlichen Gewicht seiner Äußerungen entsprechend wird sein umfangreicher Text etwa zur Hälfte dokumentiert.

Beiträge aus der evangelischen Militärseelsorge

Es fällt auf, dass sich der damalige evangelische Militärbischof Martin Dutzmann zu dem umfangreichen Afghanistan-Papier nicht geäußert hat, sieht man von einem einzigen, kurzen Bemerkung in einem Interview zum Thema Mali ab.²⁰ Dutzmann ist nämlich im Spektrum der EKD-Repräsentanten der beste Kenner des Landes am Hindukusch. Militärdekan York-Herwarth Meyer, Einsatzreferent im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, lobt an dem Dokument, dass es zum kritischen Nachdenken über den Einsatz anrege und die Spannungen in der Kammer ehrlich abbilde.²¹ Der Mitte Juni 2014 erschienene Beitrag von Militärdekan Dirck Ackermann kann als offiziös eingestuft werden.²² Er referiert im Wesentlichen den Inhalt und schließt mit der Einschätzung: »Insofern ist diese Stellungnahme eine Wegmarke für die Weiterentwicklung der

evangelischen Friedensethik unter dem Leitbild des gerechten Friedens.«

Stellungnahmen von Theologen und Pfarrern

Die frühere Westberliner Pfarrerin Horsta Krum, zur Zeit der deutschen Teilung Mitglied der kommunistischen Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW), hat für die EKD-Stellungnahme nur Kritik übrig. Ihr Hauptvorwurf: »Wie sonst auch, arrangiert sich die EKD mit den Mächtigen.« Der Bearbeiter dieser Dokumentation äußerte in seinem Kurzkomentar vom 03.02.2014 aus ganz anderen Gründen mehrere Einwände. Der Text beziehe sich zu unkritisch auf die Friedensdenkschrift der EKD von 2007, z.B. auf die inkonsistenten Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Der Gemeindepfarrer Martin Fleischmann sieht den Wert des neuen Afghanistan-Dokuments in erster Linie darin, dass es das Zentrum christlicher Friedensethik einschärfe, die Seligpreisung der Sanftmütigen.

Götz Planer-Friedrich, ein führender Theologe aus der früheren DDR, bietet in seinem zeitzeichen-Beitrag einen ausführlichen Rückblick auf die Entwicklung der Friedensethik in Ost- und Westdeutschland. Das neue Afghanistan-Papier wird mehr referierend vorgestellt. Der letzte Satz mag seine eigene Meinung wiedergeben: »Es ist gewiss nicht alles schlecht, was durch den Bundeswehreininsatz in Afghanistan geschehen ist. Doch gut steht es um Afghanistan bei weitem (noch) nicht.«

Äußerungen aus der kirchlichen Friedensbewegung

Von insgesamt vier Stellungnahmen werden drei fast vollständig dokumentiert. Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), mit der EKD institutionell eng verbunden, äußerte sich am 03.02.2014 enttäuscht: »Insgesamt hat die EKD aus Sicht der AGDF die Chance für eine differenzierte und zugleich eindeutige Positionierung zu dem politischen und militärischen Engagement Deutschlands vertan.«²³ Ähnlich sieht es auch Militärdekan i.R. Horst Scheffler. Pfarrerin Mechthild Gunkel, die Friedensbeauftragte des Reformierten Bundes, lobte dagegen in ihrem Interview vom 03.02.2014 den neuen Text ohne Abstriche.²⁴ Die Stellungnahme des Ruhestandspfarrers Hans Dieter Zepf vom Versöhnungsbund argumentiert von einer kompromisslos pazifistischen Grundlage aus.²⁵

Zusammenfassung

Welche Tendenz lassen die zahlenmäßig insgesamt sehr vielen Berichte, Interviews und Stellungnahmen erkennen? Sieht man von den vielen rein referierenden Beiträgen ab, die in der vorliegenden Dokumentation in der Minderzahl sind, so überwiegen die kritischen Reaktionen. Man kann annäherungsweise sagen, dass zwei Gruppen von Kritik erkennbar sind: Auf der einen Seite stehen grundsätzlich pazifistische bis schroff antikapitalistische Äußerungen, auf der anderen Seite Einwände, die die inhaltliche Ausgestaltung und die Konzeption kritisieren, z.B. die Militärlastigkeit und die fehlende Betonung des zivilen Aufbaus.

Die zustimmenden Äußerungen heben verschiedene Aspekte hervor, z.B. der zur rechten Zeit kommende Diskussionsanstoß, die friedensethische Orientierung u.a.

Anmerkungen:

¹ Originalveröffentlichung am gleichen Tag als Druckausgabe: EKD TEXTE 116, 57 Seiten.

² epd-Dokumentation Nr. 6/14, 40 Seiten.

³ *Wie gut ist es in Afghanistan? Die evangelische Kirche legt eine Stellungnahme vor, zur sache.bw Nr. 25 (Juni 2014), Seite 32.*

⁴ *Zu den Einzelheiten der Reise siehe Gerhard Arnold, Gerechter Friede am Hindukusch?, KJ 2010, Gütersloh 2013, S. 307ff.*

⁵ EKD TEXTE 116, S. 8.

⁶ Ebd., S. 9.

⁸ *Alle Interviews und Stellungnahmen von Renke Brahm: »Das Eis ist nicht wirklich dicker geworden« – Der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm zur Situation in Afghanistan - (epd-Gespräch mit Dieter Sell), epd Basisdienst vom 27.01.2014; »Eine weitere Diskussion ist nötig«, EKD-Friedensbeauftragter Brahm über das Afghanistan-Papier, Gespräch mit Klaus Pokatzky, Deutschlandradio Kultur, Sendung am 27.01.2014; »Afghanistan-Einsatz bleibt fragwürdig«, Renke Brahm, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche, fordert mehr Zurückhaltung bei Auslandsmissionen, Interview mit Hans-Ulrich Brandt, Weser-Kurier vom 28.01.2014; Interview von Michael Hollenbach mit Renke Brahm, Sendereihe Blickpunkt: Diesseits, das Magazin aus Religion und Gesellschaft, NDR Info, Sendung am 02.02.2014; Renke Brahm, Kein Konzept für den Frieden. Afghanistan im Blick behalten, in: Sommerhalbjahr 2014, Friedenskirche Bremen, S. 2f.*

⁹ *Reinhard Bingener, Die Kirche und der Militäreinsatz: Was war gut in Afghanistan? FAZ vom 28.01.2014; ders., Wahrheit und Lüge, FAZ vom 28.01.2014; ders., Bundestag soll sich mit EKD-Papier befassen, FAZ vom 30.01.2014. Siehe auch den Beitrag von Joachim Käppner, Der Deutschen Glück und Seligkeit, SZ 30.01.2014, in dem unübersehbare Anspielungen auf das neue EKD-Dokument eingebaut sind. Er kritisiert darin die weit verbreitete Friedensgesinnung bei den Deutschen, die sich nicht für die realen Konflikte und schweren humanitären Katastrophen in der Welt interessieren und militärischen Einsätzen grundsätzlich ablehnend gegenüber stünden.*

¹⁰ *Markus Drescher und Uwe Kalbe, Zurückhaltend schießen, Neues Deutschland vom 28.01.2014.*

¹¹ *Nur einige wenige Pressebeiträge können aus urheberrechtlichen Gründen dokumentiert werden.*

¹² *Christoph Strack, EKD hinterfragt Auslandseinsätze der Bundeswehr, Sendung vom 27.01.2014.*

¹³ *Deutschlandfunk – Tag für Tag, EKD-Stellungnahme, Damit Friedensmissionen zum Erfolg führen, Sendung am 27.01.2014.*

¹⁴ *Kritik an Friedenspapier, EKD-Stellungnahme mit Mängeln, KNA vom 28.01.2014.*

¹⁵ *Josef König, Liebe Leserinnen und Leser, ... was ich mir für Sie notiert habe. »Selig sind die Friedfertigen«, in: kompass 2/2014, S.1.*

¹⁶ *Der EAK begrüßt differenzierte Stellungnahme der EKD zum Einsatz in Afghanistan, 29.01.2014.*

¹⁷ *Wolfgang Göll, Differenzierte Sicht auf Afghanistan, Evangelische Kirche legt Papier zum Militäreinsatz vor, Bayernkurier, 01.02.2014.*

¹⁸ *Zu Einzelheiten siehe Gerhard Arnold, aaO, S.180.*

¹⁹ *Eher Anstöße als Orientierung - Anmerkungen zur Afghanistan-Stellungnahme der EKD vom Januar 2014 (2. Fassung), 02.02.2014.*

²⁰ *Militärbischof warnt vor militärischer Eigendynamik bei Mali-Einsatz, epd 28.01.2014.*

²¹ *»Gezielte Tötungen sind nicht legitim«, Interview mit Philipp Gessler, Beitrag in Deutschlandradio Kultur am 01.02.2014.*

²² *Siehe Anm. 3.*

²³ *Kommentar der AGDF zur Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, »Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik«.*

²⁴ *Selig sind die Friedfertigen, Interview mit refomiert-info.*

²⁵ *Stellungnahme zum Text der EKD »Selig sind die Friedfertigen«, Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik – eine Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD«, ohne Datum. Veröffentlichung auf der Homepage des Versöhnungsbundes.*

1. Kirchliche Reaktionen

Künftige Bewährungsfelder – der Gerechte Friede und die politischen Herausforderungen

Von Renke Brahms, Beauftragter für Friedensarbeit des Rates der EKD

Vortrag auf der Tagung »Zum Frieden raten – Afghanistan-Einsatz und evangelische Friedensethik« am 27. Januar 2014 in der Französischen Friedrichstadtkirche (Casalis).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe das Privileg am Ende dieser Veranstaltung zu reden und die herausfordernde Aufgabe gestellt bekommen, so etwas wie ein Resümee zu ziehen und das Gelesene und das Gehörte im Blick auf die Zukunft zusammenzufassen. Ich tue das so, dass ich mich einerseits auf die Friedensdenkschrift der EKD, die Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung, die Einführung des Ratsvorsitzenden und des Kammervorsitzenden beziehe – aber auch versuche, die Aspekte der Diskussion aufzunehmen.

Ich nenne in meinen Beitrag sieben Punkte – ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Die Kammer für Öffentliche Verantwortung kommt zu dem Ergebnis, dass sich das Leitbild des Gerechten Friedens bewährt hat. Das Verständnis des Friedens als Prozess, der Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Recht, der Primat des Politischen, der Vorrang des Zivilen und für Prävention und eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine Durchsetzung des Rechts mit erzwingenden – auch militärischen Mitteln – als ultima ratio unter engen Kriterien erweist sich als angemessen, im biblischen Zeugnis verankert und anschlussfähig an den politischen Diskurs. Zwei Fragen stellen sich nach der Stellungnahme und der Diskussion:

1. Ich habe in den Einführungsstatements den Satz gehört: Recht schafft Frieden! So steht es meines Wissens nicht in der Denkschrift. Dort heißt es in Ziffer 85: »Das Leitbild des Gerechten Friedens ist zu seiner Verwirklichung auf Recht angewiesen.« Die Stellungnahme setzt mit der rechtserhaltenden Gewalt und deren Kriterien ein und fragt nach der Legitimität des militärischen Einsatzes. Erst im nächsten Kapitel kommen dann die allgemeinen Kriterien als Prüfkriterien von Erfolg oder Misserfolg des Einsatzes in den Blick:

Schutz vor Gewalt, Förderung der Freiheit, Abbau von Not, Anerkennung der kulturellen Vielfalt. So fokussiert gerät aber der Gedanke der Prävention und der Ursachen eines Konflikts aus dem Blick. Ebenso kommt der zivile Einsatz verschiedener Organisationen nicht in den Blick und wird nicht gewürdigt. Es wurde in der Diskussion von einer »Militärlastigkeit« des Papiers gesprochen. Die Stellungnahme konnte das nicht alles leisten und musste sich konzentrieren. Im Hinblick auf zukünftige Bewährungsfelder allerdings muss genau dies in den Blick genommen werden. Und damit geht es um transnationale Gerechtigkeit, um wirtschaftliche und geopolitische Interessen, um Ursachen eines Konflikts und die Verantwortung einzelner Staaten oder der internationalen Gemeinschaft für diese Ursachen. Das Beispiel Afghanistan gäbe eine ganze Reihe von Aspekten dafür her. Und es geht um die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in Afghanistan.

2. In der Stellungnahme und in der Diskussion wird Frage gestellt, ob die normativen Prinzipien und Kriterien der Friedensdenkschrift im Rahmen des Gerechten Friedens zu konkretisieren und weiter zu entwickeln seien. Die Differenz zwischen eher normativer Friedensethik und eher situationsorientierter Friedensethik wird nicht aufzulösen sein. Sie durchzieht alle ethischen Diskurse. Im Umgang mit der Denkschrift und dem Leitbild des Gerechten Friedens ist allerdings zu bedenken, dass es sich bei der Denkschrift um eben eine »Denkschrift« und dem Leitbild eben um ein Leitbild und nicht um einen kasuistischen Kriterienkatalog geht. Es geht um die Schärfung des Gewissens in persönlichen Entscheidungen und um Orientierung in politischen Prozessen. Eine solche Stellungnahme nimmt keinem Soldaten die Entscheidung ab, sie bietet einen Rahmen. Auch für politischen Verantwortlichen gilt das. Im Übrigen bin ich deshalb auch skeptisch, was eine Ausformulierung des »ius in bello« angeht. Davon unberührt bleibt die genannte Aufgabe der Kombattanten-Frage.

2. Das Verhältnis von rechtem Frieden und Schutzverantwortung: Die Denkschrift aus dem Jahr 2007 setzt sich nicht ausdrücklich mit dem

Konzept der Schutzverantwortung auseinander, wie es sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Für Afghanistan ist sie nicht in Anwendung gekommen. Im Fall Libyen ist die Schutzverantwortung in Anschlag gebracht worden, in Syrien kann man sie anwenden, ein militärischer Einsatz aber ist ausgeschlossen. Deshalb konzentriert sich hier zurecht alles auf politische und zivile Mittel.

Angesichts der bedrohlichen Situation von Menschen, hunderttausend Toten und unzähligen Flüchtlingen ist die Frage nach dem Verhältnis des Gerechten Friedens und der Schutzverantwortung zu stellen. Im ökumenischen Kontext hat das schon die Friedenskonvokation 2011 in Kingston/Jamaika getan. Im Juni des vergangenen Jahres hat dazu eben an diesem Ort einen Kongress stattgefunden und die 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen hat diese Aufgabenstellung erneuert. In diesem Zusammenhang und nach der Diskussion eben stellt sich für mich eine Frage: Die Denkschrift und auch die *Responsibility to protect* – wie ich es verstehe – gehen von dem international akzeptierten Begriff und Konzept der »Menschlichen Sicherheit« aus, das nicht mehr allein die nationalstaatliche Sicherheit, sondern die Sicherheit der einzelnen Menschen und Gruppen betont. Die Konflikte in Afghanistan, Libyen, Mali, Sudan und Syrien zeigen uns jedoch, dass es nicht nur Konflikte in einem Land sind, sondern immer die Region betreffen. Könnte es hilfreich sein, wieder stärker den Gesichtspunkt der »Gemeinsamen Sicherheit« im Sinne einer kooperativen Sicherheit in den Blick zu nehmen – sowohl im Hinblick auf die verschiedenen Akteure in einem Bürgerkrieg oder in Konflikten in einem Land als auch auf die involvierten Nachbarstaaten? In Europa haben wir ja Erfahrungen mit KSZE-Prozessen gemacht, die diesen Gesichtspunkt stark gemacht haben.

3. Die Mitglieder der Kammer stimmen darin überein, dass ein kohärentes Gesamtkonzept für den Einsatz in Afghanistan fehlte. Dies stellt das größte Versäumnis dar. In diesem Sinne hat die internationale Gemeinschaft versagt und wenn der gesamte Einsatz scheitern sollte, dann scheitert er daran. Ein Gesamtkonzept ist auch von Seiten der Kirchen immer wieder eingefordert worden – einschließlich eines Gesamtmandats durch das Parlament und einer unabhängigen Evaluation. Das Papier nimmt diesen Gedanken auf und formuliert: »Für die politischen Verfahren der Mandatierung von Einsätzen durch den Deutschen Bundestag legt es sich nahe, den militärischen Teil in eine umfassende Mandatierung

einzubinden, in der die zivilen friedenspolitischen Ziele und Maßnahmen konkretisiert werden.« Ich würde lieber formulieren: »Für die politischen Verfahren der Mandatierung von Einsätzen durch den Deutschen Bundestag legt es sich nahe, den militärischen Teil in eine umfassende Mandatierung einzubinden, in der die zivilen friedenspolitischen Ziele und Maßnahmen Vorrang haben.« Allerdings bleibt es in der Tat ein Bewährungsfeld, die zivilen Mittel zu konkretisieren, bzw. weiter zu entwickeln und mit den nötigen Ressourcen auszustatten. Das betrifft nicht nur, aber vor allen jene Instrumente, die der »Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« nennt und bereithält. Als Kirchen haben wir hier noch einmal eine besondere Bewährung im interreligiösen Bereich vor uns. Wie können wir konkret dazu beitragen, dass verschiedene Religionen miteinander im Frieden leben können?

4. Die Stellungnahme mahnt eine weitere Debatte über die Drohnen an. »Drängende Fragen ergeben sich durch den Einsatz der »Drohnen« Technologie. Eine sorgfältige ethische Bewertung steht noch aus, wird aber auch mit Blick auf verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Bedenken zunehmend in der medialen und politischen Öffentlichkeit eingefordert.« Ich wundere mich, dass in allen Debatten über die Anschaffung von bewaffneten Drohnen nicht deutlich über Rüstungskontrolle oder einen vielleicht nötigen Nichtverbreitungsvertrag gesprochen wird. Vielleicht kommen wir auch zu dem Ergebnis einer Ächtung dieses Waffensystems.

Die Diskussion über Drohnen stellt für mich eine exemplarische Diskussion dar – und zwar auf drei Ebenen:

1. Am Beispiel der Drohnen diskutieren wir auch die Frage, wie weit wir Kriege wieder führbar machen wollen.
2. Der nach meiner Meinung missbräuchliche Umgang mit Drohnen durch die USA wirft die Frage nach dem Völkerrecht in besonderer Weise auf.
3. Wir diskutieren die Drohnen an der Grenze zu den vollständig automatisierten Waffen. Alle drei Aspekte drängen zu einer intensiven Debatte.
5. Eine oft eher unterschwellige, weil auch nicht leicht offen zu führende Debatte betrifft die Bündnissolidarität. Die Rede ist davon, dass Deutschland mehr Verantwortung übernehmen

muss im Bündnis, wenn es im Bündnis nicht als unsicherer Partner angesehen werden will. Ich stimme Einschätzung einer gewachsenen Verantwortung Deutschlands zu, frage aber auch, was dies genau bedeutet. Wir haben den Partnern in der Tat viel zu verdanken. Aber müsste nicht angesichts veränderter Rahmenbedingungen so etwas wie ein Bündnis in »kritischer Solidarität« weiter entwickelt werden? Wäre ein solches Thema nicht doch breiter zu diskutieren? Der öffentliche Diskurs über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, über eine deutsche Friedenspolitik muss geführt werden. Die Denkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 hat eine Enquetekommission angeregt. Wäre das eine Möglichkeit, die Diskussion unter Beteiligung Vieler zu führen?

6. In der Stellungnahme wird die Rolle der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr und mit ihr die besondere Situation der Soldatinnen und Soldaten in den Blick genommen. In der Diskussion kam dieser Gesichtspunkt eher am Rande vor. Ein besonders Bewährungsfeld stellt die Nachsorge und weitere Begleitung der an Leib und Seele verwundeten Soldaten dar – inklusive der Frage nach dem Sinn des Einsatzes. Ange-

sichts des »gemischten Erfolgs« fragen jetzt schon Soldaten nach dem Sinn des Einsatzes. Sollte die Übergabe in Verantwortung scheitern wird diese Frage umso schärfer gestellt werden. Das ist auch eine seelsorgerliche Herausforderung.

7. Enden möchte ich mit dem Anfang der Stellungnahme. Dort heißt es: »Die deutsche Beteiligung am internationalen Einsatz in Afghanistan geht ihrem Ende entgegen.« Ich weiß, was gemeint ist: der militärische Einsatz, der Einsatz der Bundeswehr, der Einsatz in seiner militärischen Logik. Aber hoffentlich geht das deutsche und das internationale Engagement für die Menschen in Afghanistan nicht zu Ende. Das Jahr 2014 ist mit dem Abzug, der Übergabe in Verantwortung und den Präsidentschaftswahlen ein wichtiges Jahr. Wichtiger aber ist noch ein langfristiges Engagement für Afghanistan. Dieser Verantwortung dürfen wir uns nicht entziehen.

Veröffentlicht auf der Homepage der Evangelischen Akademie Berlin

www.eaberlin.de

<http://u.epd.de/5vn>



Interview mit Renke Brahms im Weser-Kurier, 28.1.2014 »Afghanistan-Einsatz bleibt fragwürdig«

Die Evangelische Kirche (EKD) hat eine Stellungnahme zum Afghanistan-Einsatz vorgelegt. Darin fordert sie, Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr stärker mit humanitären Zielen zu verknüpfen. Über die friedensethischen Vorstellungen der EKD sprach Hans-Ulrich Brandt mit Renke Brahms, Schriftführer der evangelischen Kirche in Bremen und EKD-Friedensbeauftragter.

Der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan geht langsam zu Ende. War es ein Krieg, war es eine Friedensmission?

Renke Brahms: Viele, die in Afghanistan waren, haben es eindeutig als Krieg erfahren. Und auch ich sage: Obwohl ja immer von einem bewaffneten internationalen Konflikt gesprochen wird: Es ist ein Krieg. An diesem Wort darf sich niemand vorbei schummeln, auch wenn es völkerrechtlich sehr differenziert betrachtet wird.

Mit dem Rückzug der Truppen gewinnen die Taliban an Macht. Können Sie den über zwölfjährigen Einsatz rechtfertigen?

Für mich bleibt er fragwürdig. Natürlich sind Mandate zur Absicherung ausgesprochen worden, wie zum Beispiel das ISAF-Mandat. Und es galt, Menschen zu schützen. Die Anschläge am 11. September 2001 waren eine terroristische Bedrohung. Doch gerade am Anfang war es ein erklärter Krieg gegen den Terror, geführt von der Koalition der Willigen. Friedensethisch lässt sich das für mich nicht begründen. Erst mit dem ISAF-Einsatz wurde überhaupt erkennbar, dass man sich auch um die Menschen in Afghanistan Sorgen macht.

»Selig sind die Friedfertigen«, dieses Zitat aus dem Matthäus-Evangelium steht der jetzt vorgelegten EKD-Stellungnahme zur Friedensethik voran. Wie bringen sie diesen theologischen Anspruch zusammen mit dem Einsatz in Afghanistan?

»Selig sind die Friedfertigen« – das weist auf einen klaren Vorrang für Frieden und Gewaltfreiheit hin. Insofern muss immer wieder gefragt werden, ob alle anderen Mittel ausgeschöpft worden sind. Bezogen auf den Einsatz in Afghanistan würde ich sagen: über viele Jahre nicht.

Die Evangelische Kirche sucht nach Antworten. Zum Beispiel auf die Frage, ob die in Afghanistan eingesetzten militärischen Mittel dem politischen Ziel des Einsatzes angemessen waren. Waren sie es?

Wenn ich mir das Verhältnis der militärischen zu den zivilen Ausgaben ansehe, ist das Ergebnis klar: Bei den Amerikanern liegt es bei 25 zu 1; bei den Deutschen bei 9 zu 1. Da kann nicht von einem angemessenen Einsatz gesprochen werden.

Lassen sich überhaupt ethische Kriterien für den Gebrauch von Gewalt finden?

Mit unserer Friedensdenkschrift versuchen wir genau das. Frieden hat immer etwas mit Recht zu tun, und Recht ist auf die Durchsetzung von Recht angewiesen. Wenn in internationalen Konflikten in größter Weise Menschenrechte verletzt werden, dann ist eine Situation denkbar, in der der Einsatz von Gewalt möglich ist.

Als ultima ratio ...

... Ja, wobei es bei dem Afghanistan-Einsatz nie um Schutzverantwortung ging, auch nur am Rande um Menschenrechte – der Ursprung war der Kampf gegen Terroristen. Und genau diese Mischung von Motiven macht den Einsatz so fragwürdig.

Politik will die Kirche nicht machen, hochpolitisch ist die Auseinandersetzung mit dem Afghanistan-Einsatz dennoch. Wie weit kann, wie weit muss die Kirche sich letztlich doch in Politik einmischen?

Wir wollen den Menschen einen Rahmen für ihre Entscheidungen bieten. So fragen Soldatinnen und Soldaten, ob es richtig ist, sich an so einem Einsatz zu beteiligen. Die Kirche will ihnen mit ihrer Friedensethik in solch einer Gewissensentscheidung eine Orientierung geben. Mit dieser Botschaft kann die Kirche nie unpolitisch sein, deshalb mischen wir uns in die politische Debatte auch ein – wohlwissend, dass wir nicht die ganze Gesellschaft bestimmen. Wir sind keine Besserwisser.

Deutsche Soldaten mögen bald ganz aus Afghanistan abziehen, ihr internationales Engagement will die Bundeswehr ausweiten – wie jetzt zum Beispiel in Mali. Nach welchen Kriterien bewertet die EKD Militäreinsätze?

Solche Einsätze müssen einem friedenspolitischen Gesamtkonzept dienen. Dazu zählt: Schutz vor Gewalt und Not, Schutz der kulturellen Vielfalt und der Freiheit. Und immer gilt: Erst Prävention, dann gewaltfreie zivile Mittel, und nur als letzte Möglichkeit Militäreinsätze.

Unterstützen Sie das Mali-Mandat?

Ich bin weiter für eine deutliche Zurückhaltung bei militärischen Einsätzen. Diese Ausbildungsmission macht vielleicht für eine gewisse Zeit Sinn. Aber wir müssen aufpassen. Die Bundeswehr darf sich nicht in Kampfhandlungen verwickeln lassen. Wann ist der Rückzug geplant?

Sie haben kürzlich gefordert: Nie mehr militärische Interventionen, ohne vorher zu überlegen, welche zivilen Mittel eingesetzt werden können, welche Aufbauleistungen folgen müssen und wie der Einsatz beendet werden kann. Ist Deutschland in den Afghanistan-Einsatz hinein gestolpert und stolpert jetzt auch wieder heraus?

Eindeutig. Auf die vielen warnenden Stimmen wurde nicht gehört, die gesagt haben: Afghanistan ist ein Land, in dem eine zentrale Intervention keinen Sinn macht. Aus Deutschland in diesen Einsatz hineingestolpert. Und nun, wo die Aktion politisch nicht länger durchsetzbar ist, stolpert es auch irgendwie wieder heraus.

Ist der Abzug dennoch richtig?


Ja, denn würde so weiter gemacht wie bisher, dann müsste man 30 oder 50 Jahre in Afghanistan bleiben, und das kann sich niemand vorstellen. Es zeigt sich auch, dass die Anwesenheit von Streitkräften immer wieder Gegengewalt produziert.

Zurzeit kämpfen Außen- und Verteidigungsministerium um die Entscheidungshoheit bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sie kritisieren, es fehle an Abstimmung. Was muss besser werden?

Ich glaube, es gibt einen großen Egoismus der verschiedenen Ministerien und eine mangelnde Zusammenarbeit. Innen- und Außenministerium, Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung brauchen ein Gesamtkonzept.

Das heißt: Deutschland nimmt immer stärker seine internationale Verantwortung wahr, ist aber nicht dafür gerüstet?

Ja, und ich würde sogar soweit gehen zu sagen: Eigentlich kann Deutschland guten Gewissens keinen Soldaten und auch keinen zivilen Helfer irgendwo hinschicken, solange es kein abgestimmtes Einsatz- und Hilfskonzept gibt.

Zur Person: Renke Brahms (57) studierte Theologie in Münster, Tübingen und Göttingen und war 16 Jahre Pastor in Bremen. 2011 besuchte er als EKD-Friedensbeauftragter Afghanistan. 

Interview mit Nikolaus Schneider im Deutschlandfunk: »Es gibt das Böse als realen Machtfaktor«, 27.1.2014

Die Evangelische Kirche in Deutschland sieht den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan kritisch. Im DLF sagte der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider, als Ultima Ratio sei militärische Gewalt in manchen Fällen aber notwendig. Die EKD präsentiert heute ein friedensethisches Positionspapier.

Tobias Armbrüster: »Nichts ist gut in Afghanistan.« Das war ein Satz, mit dem die damalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann vor vier Jahren für eine Menge Schlagzeilen bei uns gesorgt hat. Der Satz hat für viele und nicht nur für Protestanten das Unwohlsein zusammengefasst, das sich mit diesem Einsatz verbindet. Nun hat sich die Evangelische Kirche in den vergangenen Jahren aber auch ausführlichere Gedanken über die Bundeswehr am Hindukusch gemacht. Heute Mittag wird sie dazu in Berlin eine Denkschrift vorlegen mit dem Titel »Selig sind die Friedfertigen«. – Am Telefon ist jetzt Nikolaus Schneider, der Ratsvorsitzende der EKD. Schönen guten Morgen, Herr Schneider!

Nikolaus Schneider: Schönen guten Morgen, Herr Armbrüster!

Armbrüster: Herr Schneider, zählt die Bundeswehr in Afghanistan zu den Friedfertigen?

»Unmittelbar Frieden hat die Bundeswehr nicht geschaffen«

Schneider: Die Bundeswehr in Afghanistan soll Voraussetzungen dafür schaffen, nämlich unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, soll Voraussetzungen dafür schaffen, dass Frieden sich entfalten kann, und die Friedfertigen sind im eigentlichen Sinne diejenigen, die Strukturen des Friedens, also Recht und ein geordnetes Rechtswesen, ein Monopol der Gewalt beim Staat und nicht bei Banden oder paramilitärischen Koalitionen schaffen. Voraussetzungen dafür sollen geschaffen werden durch den Einsatz der Bundeswehr. Aus diesem Grunde kann man diese Frage nicht so ganz deutlich beantworten. Ich würde

sagen, die Bundeswehr hat Voraussetzungen in der Tat verbessert, dass Frieden geschaffen werden kann, aber unmittelbar Frieden hat die Bundeswehr nicht geschaffen.

Kritik an unklarer Formulierung des politischen Ziels

Armbrüster: Woran hat es gehapert?

Schneider: Die Situation war zu komplex und der Auftrag war nicht klar genug. Das genaue politische Ziel, was die Bundeswehr erreichen soll, war nicht formuliert, und das war ein Mangel von Anfang an. Dann haben sich während des Einsatzes in Afghanistan Konstellationen ergeben, bei denen sozusagen aus dem Stand reagiert werden musste und die dann sehr gewaltförmig waren, Stichwort Oberst Klein und der Einsatz der Flieger, wo es dann sehr viele zivile Opfer gab. All dieses hat dazu geführt, dass wir nicht mit der wünschenswerten Klarheit diesen Einsatz hatten.

Und lassen Sie mich eins ergänzen: Es ist ein grundsätzlicher Mangel – und das fordern wir auch für die Zukunft –, dass der Bundestag nicht nur ein militärisches Mandat beschließt, wenn es wieder um solche Dinge geht, und sie werden kommen, sondern dass von vornherein auch die zivilen Komponenten mit mandatiert und beschlossen werden, also der Aufbau einer zivilen Struktur innerhalb der Gesellschaft durch Nichtregierungsorganisationen und auch Regierungsorganisationen.

Armbrüster: Heißt das, die EKD kritisiert diesen Einsatz?

Schneider: Die EKD betrachtet ihn kritisch und differenziert, aber sie betrachtet ihn auch kritisch und dann gibt es in der Kammer in der Tat Positionen, die sagen, das war nicht mehr zu rechtfertigen, und es gibt Positionen, die sagen, es war gerade noch zu rechtfertigen. Also wir sind durchaus auch an vielen verschiedenen Stellen unterschiedlicher Meinung.

Keine Rechtfertigung von militärischen Einsätzen durch die Worte Jesu

Armbrüster: Ich kann mir jetzt vorstellen, Herr Schneider, dass da viele gläubige Christen sehr hell aufhören, wenn Sie so etwas sagen. Heißt das, dass sich ein militärischer Einsatz zumindest theoretisch theologisch rechtfertigen lässt?

Schneider: Da bin ich sehr zurückhaltend. Wir werden mit den Worten Jesu, der ganz konsequent auf Gewaltausübung verzichtet hat, wir werden also mit ihm einen militärischen Einsatz nicht rechtfertigen können. Wir müssen aber uns klar machen, dass wir in einer Welt leben, die noch nicht das Reich Gottes ist. Das wird im Reich Gottes so sein. Aber die Welt ist noch nicht das Reich Gottes und es gibt das Böse als einen realen Machtfaktor. Man kann es am Extrembeispiel sagen: Hitler war am Ende nur durch militärische Gewalt zu stoppen, sonst hätte er rücksichtslos mithilfe der Wehrmacht Europa unterjocht. Man merkt an solchen Extrembeispielen: Wir können das leider nicht alleine mit friedenspolitischen Maßnahmen, mit gewaltlosen Maßnahmen durchsetzen. Es gibt am Ende eine Ultima Ratio, aber es muss wirklich die Ultima Ratio sein, bei der wir auch militärische Gewalt brauchen, und somit hat sie auch eine relative Legitimität.

In Syrien seien die Möglichkeiten der Diplomatie noch nicht ausgenutzt

Armbrüster: Herr Schneider, Hitler und das Dritte Reich sind da tatsächlich immer das Extrembeispiel. Lassen Sie uns das an einem anderen aktuelleren Beispiel festmachen. Was sagt die EKD denn zu Einsätzen in Syrien?

Schneider: Zu den Einsätzen in Syrien sagen wir, dass die Möglichkeiten der Diplomatie noch nicht ausgenutzt sind. Wir sind sehr froh, dass es nun Gespräche in Genf gibt, und wir fordern, dass das Befeuern der militärischen Auseinandersetzung, dass das gestoppt wird. Das muss ausgetrocknet werden, dass Waffen und Geld von außen ins Land kommen, damit da weiter gekämpft wird. Das gilt auch für das Assad-Regime.

Armbrüster: Aber dass man solchen Männern wie Assad auch mit militärischen Mitteln das Handwerk legt, das würden Sie nicht begrüßen?

Schneider: Das würde ich nicht begrüßen, zurzeit jedenfalls nicht, und ich fühle mich darin gestärkt durch die Kirchenvertreter aus dem Lan-

de, mit denen wir ja im engen Kontakt sind. Die sagen sehr deutlich, lasst uns das untereinander klären und stoppt den Zufluss an Geld und Waffen, damit diejenigen, die hier die anderen unterwerfen und vertreiben wollen, damit die dazu nicht die nötigen Mittel in die Hand bekommen.

Armbrüster: Aber wenn die Diplomatie in einem solchen Fall scheitert, dann würden Sie sagen, dann geht auch Militär?

Schneider: Ich habe die Grundprinzipien ja eben benannt, aber so was muss man konkret entscheiden. Diese Spekulation würde ich jetzt nicht anstellen.

»Ich habe Margot Käßmann immer verteidigt«

Armbrüster: Dann lassen Sie uns noch mal zurückkommen auf Afghanistan. Ich habe es in der Anmoderation gesagt: Margot Käßmann, Ihre Vorgängerin, hat da für einigen Wirbel gesorgt vor vier Jahren mit ihrem Satz »Nichts ist gut in Afghanistan.« War das übertrieben?

Schneider: Das war eine Zuspitzung und das ist ja Journalisten sehr vertraut. Man muss manchmal zuspitzen, um auf eine Situation aufmerksam zu machen, die völlig unbefriedigend ist, und ich habe Margot Käßmann immer verteidigt. Ich halte diese Zuspitzung für richtig, sie war notwendig, und sie hat ja einiges in Bewegung gesetzt, eine sehr viel differenziertere Betrachtung und vor allen Dingen zwei Elemente, die wir als Kirche gefordert haben, denen dann auch die Politik gefolgt ist: erstens eine deutliche Verstärkung des zivilen Engagements, vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt, Rechtsstrukturen, ein Rechtssystem im Land aufzubauen und für ökonomische Lebensmöglichkeiten zu sorgen. Die Leute brauchen Arbeit, die brauchen Lebensperspektiven. Da gab es eine deutliche Aufstockung und Verstärkung des Engagements. Und das Zweite war: Wir haben immer gefordert, wir brauchen eine Betrachtung des Einsatzes: Sind die Ziele und das, was da passiert, sind die noch kompatibel, stimmt das noch zueinander, oder müssen wir nachsteuern. Es gab dann Fortschrittsberichte. Ich glaube, dieses Instrument kann auch noch verbessert werden, indem etwa auch unabhängige Institutionen einen solchen Einsatz gleich von außen beobachten und solche Berichte schreiben, damit wir weiterhin wissen, was wir tun, und nicht in Situationen hineinstolpern, die wir gar nicht wollen.

Armbrüster: Die Evangelische Kirche in Deutschland, die EKD stellt heute eine Denkschrift zum Afghanistan-Einsatz vor, Titel: »Selig sind die Friedfertigen.« Ich habe darüber mit Nikolaus Schneider gesprochen, dem Ratsvorsitzenden der

EKD. Besten Dank für das Gespräch, Herr Schneider.

Schneider: Sehr gerne, Herr Armbrüster. D

Kirchenpräsident ruft zu Diskussion über Afghanistan-Einsatz auf

Leer (epd). Der neue Kirchenpräsident der Evangelisch-reformierten Kirche, Martin Heimbucher, hat zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Folgen des Krieges in Afghanistan aufgerufen. »Das kirchliche Interesse an der weiteren Entwicklung in Afghanistan darf nicht erlahmen«, sagte Heimbucher am Donnerstag in Leer. »Wir sind verpflichtet da genau hinzuschauen, denn es sind unsere Leute, die wir als Soldaten und Militärgestaltliche in den Einsatz schicken.« Heimbucher ist am 8. Februar seit 100 Tagen im Amt des Leitenden Theologen der reformierten Kirche.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte zu Wochenbeginn ein Papier zum Krieg in

Afghanistan veröffentlicht. Der Friedensausschuss der reformierten Synode werde es nun intensiv diskutieren und anschließend eine Stellungnahme der Kirche erarbeiten, kündigte Heimbucher an. Der Einsatz der Bundeswehr müsse mit Blick auf mögliche weitere Einsätze bewertet werden. »Es muss erkennbar werden, dass der Einsatz von Leben, Kraft und Geld nicht ziellos und vergebens geschah.«

[...]

(epd-Landesdienst Niedersachsen-Bremen,
30.1.2014)

Interview mit dem bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm in der »Passauer Neuen Presse«, 8.2.2014

[...]

Die Bundesrepublik spricht davon, die Rolle Deutschlands in der Welt neu zu definieren und sich international diplomatisch wie militärisch stärker zu engagieren. Wie stehen Sie dazu?

Bedford-Strohm: Für uns als Kirche ist die Zielperspektive zunächst die Vision des gerechten Friedens. Dazu gehört die Erkenntnis, dass militärische Gewalt immer fragwürdig ist. Zunächst gilt für uns Christen der Vorrang der Gewaltfreiheit. Gleichzeitig sehen wir aber, dass Menschen immer wieder von Gewalt bedroht sind, und darauf müssen wir auch reagieren. Deshalb glaube ich

nicht, dass es die richtige Position ist, Gewalt grundsätzlich auszuschließen. Es gilt, die Hürden für den Gebrauch von Gewalt extrem hoch zu setzen, auch dann, wenn sie als Ultima Ratio nicht ausgeschlossen werden kann. Wie die jüngste EKD-Schrift zu Afghanistan aufzeigt, wird das Mittel der militärischen Gewalt immer wieder überschätzt. Es führt kein Weg daran vorbei, immer wieder dafür zu sorgen, dass die Konfliktparteien miteinander ins Gespräch kommen. [...]

Mit dem Landesbischof sprachen in München die Redakteure Petra Grond und Karl Birkenseer. D

Interview mit Militärdekan Meyer im Deutschlandfunk: »Gezielte Tötungen sind nicht legitim«

Deutschlandradio Kultur – Religionen, Beitrag vom 1.2.2014, Moderation: Philipp Gessler

Wie ist der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr mit der jüngsten EKD-Friedensdenkschrift zu vereinbaren? Zu dieser Frage hat die Evangelische Kirche ein Positionspapier veröffentlicht. Eindeutig fallen die Antworten nicht aus. Wir sprechen darüber mit Militärdekan York-Herwarth Meyer.

Philipp Gessler: Die Evangelische Kirche hat sich in der Nachkriegszeit nie leicht getan mit der Bundeswehr und der großen Frage nach Krieg und Frieden. Zuletzt gab es eine Friedensdenkschrift im Jahr 2007 mit der Forderung, die Lehre vom »Gerechten Krieg« aufzugeben und stattdessen das Leitbild eines »Gerechten Friedens« zu entwickeln.

Aber was bedeutet das konkret für den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr? Genügt er den Anforderungen der Friedensdenkschrift? Diese Frage versuchte die »Kammer für Öffentliche Verantwortung« der EKD zu klären – und veröffentlichte Anfang der Woche eine »Stellungnahme« dazu. So richtig eindeutig sind die Antworten der Kammer nicht gewesen. Deshalb habe ich nachgefragt beim evangelischen Militärdekan York-Herwarth Meyer, der als Militärseelsorger schon in Afghanistan war. Ich fragte ihn zunächst, ob die deutschen Soldatinnen und Soldaten am Hindukusch überhaupt ein solches Papier der EKD interessiert.

York-Herwarth Meyer: Herr Gessler, ich kenne eine Menge Soldaten, die eigentlich gerade in früheren Jahren eher sehr scharf beklagt haben, dass sich niemand für ihre Einsätze interessiert und niemand genau zuschaut. Ich denke, es wird die Soldatinnen und Soldaten freuen, dass hiermit das Thema Einsatz in Afghanistan erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerät und diskutiert wird.

Gessler: Klären Sie uns doch mal so ein bisschen auf. Welchen Ruf hat denn die Militärseelsorge in Afghanistan bei der kämpfenden Truppe dort? Gelten da Militärseelsorger so ein bisschen als Weicheier, weil sie nicht kämpfen, oder sind sie vielmehr hoch geachtet, wie das Papier der EKD das andeutet?

Meyer: Ich kenne viele Soldatinnen und Soldaten, die sich einfach darüber freuen, dass die Militärseelsorge da ist. Einen Ansprechpartner zu haben außerhalb der eigenen Hierarchie und der eigenen Struktur, mit dem man vertraulich reden kann, das ist schon nicht schlecht. Außerdem ist es ja so, dass die Geistlichen auch die Gefahren und Risiken des Einsatzes zum Teil teilen. Natürlich gehen sie nicht gezielt dorthin, wo es besonders gefährlich ist, aber sie sind im Land unterwegs, bewegen sich, und es ist auch gar nicht so lange her, dass mal einer unserer Pfarrer auch unter Beschuss geriet oder in einen Verkehrsunfall verwickelt war, weil er in einem Auto saß, das von einem LKW gerammt wurde.

Soldaten brauchen »Ansprechpartner außerhalb der Hierarchie«

Gessler: Jetzt hat ja einer der Autoren dieses EKD-Papiers, der frühere Befehlshaber des Bundeswehreinsetzungskommandos, Generalleutnant Rainer Glatz, erklärt, er habe sich beim endgültigen Beschluss über das Papier der EKD der Stimme enthalten. Er war offenbar nicht zufrieden mit der Stellungnahme, vielleicht, weil er die militärische Praxis in Afghanistan gut kennt. Das hat er mit Ihnen ja gemeinsam. Wie beurteilen Sie das Papier? Können Sie sich mit dem anfreunden?

Meyer: Auf jeden Fall bin ich froh, dass die Spannung erhalten geblieben ist; dass General Glatz hier die Expertise der militärischen Sichtweise eingetragen hat und der Knoten nicht so aufgegangen ist, dass am Ende diese militärische Sichtweise ein Stück weit untergegangen ist. Ich bin froh, dass dieses Papier nicht gewaltsam auf einen Kompromiss hingezogen wurde, sondern dass die Spannung der Diskussion erhalten bleibt und damit auch dieses Papier zur Diskussion anregt.

Gessler: Das ist jetzt natürlich sehr positiv gewertet. Gleich in mehreren Fragen war die Kammer, so steht es ja in dem Papier, nicht zu einem Konsens fähig unter den Autoren. Die unterschiedlichen Meinungen in der Kammer, die stehen in dem Papier praktisch unverbunden nebeneinander. Finden Sie das einen Nachteil, dass die EKD nicht mit einer klaren, einheitlichen Meinung spricht?

Meyer: Ich denke, manch einer würde sich wünschen, dass wir jetzt schon ein Ergebnis hätten und eine klare Meinung. Aber ich denke, der Diskurs muss auch im öffentlichen Raum geführt werden, und deswegen ist es gut, dass das Papier die Spannung aufrechterhält. Es wäre nicht zielführend gewesen, hätte man zugunsten eines Kompromisses eine Sichtweise ausgeblendet.

Gessler: Jetzt ist ja der Knackpunkt des Papiers, und den benennt der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider ja gleich am Anfang in seinem Vorwort, dass die Kammer zu keiner klaren Stellungnahme fähig ist – ob jetzt die eingesetzten militärischen Mittel in Afghanistan eigentlich dem politischen Ziel angemessen sind. Wie müssen sich da eigentlich die deutschen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan – Sie haben sie ja kennengelernt – fühlen, wenn die EKD sagt, wir wissen nicht genau, ob euer Einsatz eigentlich legitim ist oder nicht?

Meyer: Auf jeden Fall müssen wir da auch als Vertreter der Kirche sehr aufpassen, dass diese Position nicht in einer gewissen Weise als Soldatenschelte rüberkommt. Denn es ist keine Frage an Soldatinnen und Soldaten, ob der Einsatz legitim ist oder nicht. Natürlich sind sie da auch verantwortlich, aber eigentlich sind wir alle verantwortlich – denn wir haben eine Parlamentsarmee, und die Leute, die wir wählen, bestimmen darüber, in welche Einsätze unsere Soldatinnen und Soldaten gehen. Deshalb finde ich es gut, wenn gerade dieses Papier ein Stück weit zur Diskussion anregt und vielleicht diese Diskussion in der Öffentlichkeit und im politischen Raum noch einmal belebt. Manchmal haben Soldatinnen und Soldaten den Eindruck, viele machen es sich zu leicht und finden andere Dinge wichtig, die entscheidender für die Diskussion sind.

Sind gezielte Tötungen gerechtfertigt?

Gessler: Jetzt ist auch die Frage, ob gezielte Tötungen von Terroristen in Afghanistan, ob die gerechtfertigt sind oder nicht. Und da kommt auch die Kammer zu keinem einheitlichen Ergebnis. Was ist da Ihre Position dazu, zu dieser schwierigen Frage? Finden Sie, dass gezielte Tötungen von führenden Gegnern legitim sind?

Meyer: Für mich als christlichen Theologen gibt es keine Frage – solche Dinge sind nicht legitim. Und ich bin sehr froh, dass auch die Rules of Engagement, das sind die Regeln für militärisches Handeln, nach denen sich die Soldatinnen und

Soldaten der Bundeswehr auch zu richten haben, solche gezielten Tötungen auch nicht vorsehen.

Gessler: Aber die USA führen diese gezielten Tötungen durch. Das ist ja der Bündnispartner in Afghanistan.

Meyer: Das ist richtig, aber es ist auch nach meinem persönlichen Dafürhalten sehr unglücklich. Ich gebe Ihnen recht, dass es ein Problem ist, wenn Bündnispartner anders handeln, als wir es tun würden. Aber dennoch bedeutet es ja eine politische Entscheidung, unter welchen besonderen nationalen Regeln unsere Bundeswehr dort im Einsatz ist, was sie tun darf und ob sich die Bundesrepublik Deutschland am ISAF-Einsatz beteiligt.

Gessler: Aber dann verstehe ich umso weniger, warum dann nicht die EKD zu einer klaren Stellungnahme gekommen ist, indem sie sagt, gezielte Tötungen sind nicht legitim?

Meyer: Ich denke, die gezielten Tötungen sind ja nicht der absolute Fokus, den dieses Papier beleuchtet. Ich sehe das Papier als einen Versuch, die grundlegenden Überlegungen der EKD zur Friedensethik auf den Einsatz in Afghanistan anzuwenden und zu prüfen. Gerade deshalb ergeben sich ja Zweifel und Fragen – wie ist es eigentlich mit der Legitimität dieses Einsatzes? Wie ist es eigentlich mit den Mitteln, die man einsetzen kann?

Gessler: Jetzt ist ja ganz bekannt der Satz der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann, ungefähr vier Jahre alt – sie hat gesagt: »Nichts ist gut in Afghanistan.« Da gab es einen großen Aufruhr, und damals konnte man den Eindruck haben, dass dieser Satz damals auch zu Frust unter den deutschen Soldatinnen und Soldaten geführt hat, die ja eigentlich dort hingegangen sind, zumindest nach ihrem Selbstbild, um eben Gutes zu tun. Welche Ansichten herrschten damals über diesen Satz, und hat sich da vielleicht etwas gewandelt, nach Ihren Erfahrungen in Afghanistan?

Meyer: Natürlich haben sich Soldatinnen und Soldaten über diesen Satz erheblich geärgert. Das ist richtig. Das haben sie auch deutlich artikuliert. Aber es ist auf der anderen Seite auch deutlich wahrzunehmen, dass die dann angestoßene Diskussion von den Soldatinnen und Soldaten sehr positiv betrachtet wurde. Endlich wurde über Afghanistan gesprochen, aber wiederum war es auch die Frage der Soldaten, wie ist es denn ei-

gentlich mit dem, was wir hier erleben, und wie ist es mit der Perspektive der EKD-Ratsvorsitzenden? Sollte sie nicht einmal kommen, mit uns sprechen und sich die Sachen selbst angucken? Der evangelische Militärbischof, Dr. Martin Dutzmann, hatte damals gleich reagiert und sie nach Afghanistan eingeladen. Zu einem Besuch kam es nicht mehr, da ihre Dienstzeit ja dann schnell zu Ende war.

Afghanistan-Papier wird »die Politik nicht unberührt lassen«

Gessler: Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Markus Grübel von der CDU, hat etwas böse gesagt: Die Durchschlagskraft kirchlicher Stellungnahmen zur Verteidigungspolitik im Bundestag, also in dem Fall jetzt dieses Papier, was wir auch in der zu Ende gehenden Woche jetzt vorgelegt bekommen haben, diese Durchschlagskraft sei im Bundestag nicht allzu hoch. Wenn solche Papiere nun also in Afghanistan bei der Bundeswehr nicht besonders wahrgenommen werden oder wichtig genommen werden und auch im Bundestag nicht, dann fragt man sich natürlich schon, warum schreibt man dann solche Papiere?

Meyer: Ich denke, wir müssen abwarten, ob dieses Papier wirklich so wenig wirken wird. Ich

war sehr überrascht, dass ich kurz nach Erscheinen des Papiers mehrere Anrufe hatte, obwohl ich ja mit diesem Papier gar nicht in Verbindung stehe, von politischen Gruppierungen, auch von aktiven Soldaten, die auf dieses Papier hin ansprachen, die sich aktiv im Internet umgetan hatten, die bei einem Blogger auch von der Podiumsdiskussion, als dieses Papiern vorgestellt wurde, sich Dinge besorgt hatten, und die einfach deutlich zeigten, das interessiert uns, darüber müssen wir reden.

Ich würde eigentlich ungern von vornherein sagen, dass dieses Papier wirkungslos ist. Ich frage mich auch, ob Herr Grübel wirklich alle Papiere, die es mal gegeben hat, auf ihre Wirkung untersucht hat. Aber wenn schon jetzt die Wirkung so ist, dass wir hier sitzen, miteinander über das Papier reden und natürlich auch, dass offensichtlich ein breiter Kreis an Interessierten anfängt, über das Papier nachzudenken, habe ich doch eine gewisse Hoffnung. Ich denke, wenn in der Gesellschaft die Diskussion voran geht und es dort zu einer Meinungsbildung kommt, wird das die Politik nicht unberührt lassen.

Veröffentlicht auch auf der Homepage von Deutschlandradio Kultur

www.deutschlandradiokultur.de/
<http://u.epd.de/5vp>



Militärbischof warnt vor militärischer Eigendynamik bei Mali-Einsatz

Berlin (epd) Mit Blick auf die geplante Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali warnt der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann vor einer «Eigendynamik des Militärischen». Der Theologe kündigte in einem Gespräch mit der Deutschen Welle am 27. Januar an, dass er am 31. Januar in das westafrikanische Land reisen und mit den dort bereits eingesetzten deutschen Soldaten sprechen wolle.

Dutzmann verwies auf den nun seit gut zwölf Jahren dauernden Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, den die Evangelische Kirche in Deutsch-

land (EKD) in einem am 27. Januar veröffentlichten Positionspapier Stellungnahme kritisch gewürdigt hatte. Sicher müsse man unterscheiden zwischen dem Kampfeinsatz in Afghanistan und dem Ausbildungseinsatz in Mali. «Trotzdem werden wir sicher darauf zu achten haben, dass auch der Einsatz in Mali nicht eine ähnliche Eigendynamik entwickelt», unterstrich der Militärbischof.

[...]

(epd Basisdienst, 27.1.2014)

Wie gut ist es in Afghanistan? Die evangelische Kirche legt eine Stellungnahme vor.

Von *Dirck Ackermann, Leitender Militärdekan*

zur sache bw Nr. 25 (Juni 2014)

»Nichts ist gut in Afghanistan.« Mit dieser Aussage regte Margot Käßmann 2010 eine Diskussion über das deutsche Engagement in Afghanistan an. Schnell wurde deutlich: Dieser Einsatz bedarf einer vertieften friedensethischen Reflexion – auch und gerade innerhalb der evangelischen Kirchen. Zwei Fragen wurden deshalb an die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD gestellt:

1. Bewährt sich das Leitbild des gerechten Friedens, wie es in der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 entwickelt wurde? Oder muss es präzisiert oder sogar korrigiert werden?

2. Wie ist der Einsatz in Afghanistan – auf dem Hintergrund der Prinzipien der Denkschrift – zu beurteilen?

Mit dieser Aufgabe war die Kammer vor eine Herausforderung gestellt: Einerseits sollte mit den vorhandenen Prinzipien und Kriterien geprüft werden, wie eine komplexe Lage friedensethisch zu beurteilen ist. Gleichzeitig sollte aber auch geprüft werden, ob die vorhandenen Prinzipien und Kriterien zu einer solchen Beurteilung ausreichen.

Angesichts der Gleichzeitigkeit und Gegenläufigkeit beider Fragestellungen ist es herausragend, dass eine gemeinsame Stellungnahme zustande gekommen ist. In vielen Punkten wurde sogar Konsens erzielt. So stimmt man grundsätzlich überein, dass sich das Leitbild des gerechten Friedens unter den Bedingungen des konkreten Einsatzes bewährt hat. Unstrittig ist auch, dass der ISAF-Einsatz zwar völkerrechtlich durch ein UN-Mandat legitimiert ist, dass ihm aber ein konzises politisches Rahmenkonzept fehlte.

An anderen Punkten sind die Mitglieder der Kammer zu unterschiedlichen Beurteilungen gekommen. So sieht z. B. ein Teil die Prinzipien und Kriterien der Friedensdenkschrift durch die Situation in Afghanistan bestätigt und bewertet die ethische Legitimität des Einsatzes – trotz UN-Mandat – sehr kritisch. Ein anderer Teil betont, der einmal begonnene Einsatz müsse verantwortungsvoll weitergeführt und zu einem verantwortbaren Zeitpunkt beendet werden. Es sei geboten, nicht die Prinzipien, wohl aber die auf einzelne Handlungssituationen bezogenen Kriterien der Denkschrift weiterzuentwickeln.

U. a. an diesem Punkt zeigt sich zum einen, welche Herausforderung die doppelte Fragestellung bedeutet; zum anderen wird deutlich: Jedes ethische Urteil verbindet allgemeine Grundsätze mit komplexen Lageanalysen; daher wird es je nach Situationsdeutung unterschiedlich ausfallen.

Der friedensethische Diskurs ist mit der Denkschrift von 2007 nicht abgeschlossen, sondern muss fortgesetzt werden. Dafür gibt die Stellungnahme wesentliche Hinweise. Sie selbst benennt als offene Punkte z.B. die Fortentwicklung des Völkerrechts in Bezug auf das *ius in bello* sowie die Frage der Robotik in militärischen Auseinandersetzungen.

Insofern ist diese Stellungnahme eine Wegmarke für die Weiterentwicklung der evangelischen Friedensethik unter dem Leitbild des gerechten Friedens.

Leitender Militärdekan Dr. Dirck Ackermann leitet das theologische Referat im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr.



Stellungnahme der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) vom 3.2.2014

Einleitung:

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat am 27. Januar 2014 in Berlin die Stellungnahme »*Selig sind die Friedensstifter*« – *Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik* der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung präsentiert.

Die EKD bewertet darin erstmals einen – umstrittenen – Einsatz der Bundeswehr auf der Basis ihrer Friedensdenkschrift von 2007, in der ein Primat für die Zivile Konfliktbearbeitung gefordert wird, aber unter bestimmten, eng gefassten Voraussetzungen auch militärische Einsätze »rechts-erhaltender Gewalt« als legitim bezeichnet werden.

Die AGDF als Dachverband christlicher Friedensorganisationen setzt sich aus friedensethischer Überzeugung für eine Friedenspolitik ohne militärische Gewalt ein. Daraus resultiert die Forderung, dass alle Staaten, supranationale Organisationen und die Vereinten Nationen konsequent Wege der Krisenprävention, der Minderung von Ungerechtigkeit und der gewaltfreien Konflikttransformation verfolgen und fördern. Inhaltlicher Ausgangspunkt dieser Stellungnahme ist (aber) die EKD-Friedensdenkschrift von 2007.

Gesamteinschätzung

Die Stärke der EKD-Stellungnahme liegt darin, dass Defizite des deutschen Engagements in Afghanistan beschrieben werden; ihre Schwäche besteht darin, dass sie sich auf das militärische Engagement konzentriert und letztlich **eine friedensethische Gesamtbewertung dieses Einsatzes fehlt**.

Die EKD-Denkschrift von 2007 fordert für **Militäreinsätze** eine »unabhängige Evaluation« des deutschen Engagements. Eine solche möglichst neutrale Analyse u.a. des Bundeswehrein-satzes würde ein präziseres Urteil erlauben, inwieweit dieser die EKD-Kriterien für »legitime« Militäreinsätze erfüllt (hat). Die Kammer weist kurz darauf hin, gibt sich aber in ihrer Stellungnahme mit den vorliegenden »Fortschrittsberichten« der Bundesregierung zufrieden, ohne zu berücksichtigen, dass dieses Defizit erhebliche Auswirkungen auf die Urteilskraft hat (Ziff. 8).

Durch die Konzentration auf die Frage nach der Legitimität der Anwendung von militärischer Gewalt wird das offenkundige Versagen der Politik bei diesem Einsatz nicht erörtert. Daher wird auch nicht die Frage aufgeworfen, ob angesichts des (parteiischen) Kampfeinsatzes der NATO eine durch NATO-Staaten geförderte Friedenspolitik in Afghanistan überhaupt möglich ist, die diesen Namen verdient.

Der Grund hierfür liegt wesentlich in gravierenden Defiziten, die in der Stellungnahme genannt werden:

- Es fehlt bis heute ein Gesamtkonzept für das internationale Engagement, inkl. der militärischen Intervention der NATO in Afghanistan.

- Es fehlen überprüfbare Ziele für die Intervention und eine unabhängige Evaluation (nicht nur) des deutschen Engagements.

- Es fehlen ethische Kriterien für eine verantwortbare, aber dringend notwendige Beendigung des militärischen Engagements.

Auch angesichts von Eigendynamiken und nicht vorhersehbaren Entwicklungen eines solchen Konfliktes bedarf es sowohl einer normativen Bewertung von Interventionen, wie sie in der EKD-Friedensdenkschrift angelegt ist – Vorrang für Konfliktprävention und für zivile, gewaltfreie Mittel, enge Kriterien für Militäreinsätze –, als auch Hilfen für eine situationsbezogene ethische Urteilsbildung, die beispielsweise für die Entscheidung über die Verlängerung oder Beendigung eines Bundeswehrmandats erforderlich ist. Die Kammer konnte sich allerdings nicht einmal zu einem gemeinsamen Votum durchringen, dass die Legitimation einer Intervention regelmäßig überprüft werden muss.

In wesentlichen Fragen zum Militäreinsatz ist die Kammer nicht zu einer einmütigen Beurteilung gekommen. Damit wurde die Chance vertan, kritisch Position zu beziehen, z.B.

- zu einer nicht nur dem gesunden Menschenverstand widersprechenden Interpretation des »Selbstverteidigungsrechtes«, um den Einsatz als mit der UN-Charta konform darzustellen (Ziff. 6);

– zu einer unhinterfragten Fortschreibung des Mandats, ohne dessen – fragwürdige – Legitimität jeweils neu zu prüfen (7);

– zur Bedeutung einer »Bündnissolidarität« für solche militärischen Interventionen (Ziff. 9);

– zu den verdeckten Operationen von Spezialeinheiten des US-Militärs zur gezielten Tötung von Verdächtigen (Ziff. 15).

Fazit:

In dem Papier wird das deutsche Engagement in Afghanistan einer allgemeinen kritischen Würdigung auf der Basis des Leitbildes des »gerechten Friedens« unterzogen (Ziff. 53). Zum Bundeswehreininsatz werden kritische Fragen gestellt, aber unterschiedliche Folgerungen gezogen, die

von »sehr kritisch« bis »legitim« reichen (Ziff. 55). Vergebens sucht man jedoch Hinweise darauf, welche christlich begründeten Handlungsoptionen sich für eine »Kirche des gerechten Friedens« im Blick auf das aktuelle deutsche Engagement in Afghanistan sowie für künftige Einsätze ergeben, die der gesellschaftlichen Verantwortung (!) der Kirche gerecht werden.

Die Stellungnahme liefert kaum eine Orientierung für den gesellschaftlichen Diskurs über (militärische) Interventionen, wie er aktuell bezogen auf afrikanische Länder läuft.

Insgesamt hat die EKD aus Sicht der AGDF die Chance für eine differenzierte und zugleich eindeutige Positionierung zu dem politischen und militärischen Engagement Deutschlands vertan. 

Stellungnahme von Horst Scheffler, Ltd. Militärdekan a.D., Vorsitzender der AGDF und des Vereins für Friedensarbeit im Raum der EKD

Anmerkung zur Tagung »Zum Frieden raten – Afghanistan-Einsatz und evangelische Friedensethik« am 27. Januar 2014 in der Französischen Friedrichstadtkirche (Casalis), Berlin

Diese Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD sollte man zweimal lesen. Bei der ersten Lektüre fällt auf, dass die Kammer in vier Positionen zum Einsatz in Afghanistan uneins ist. Die Differenzen werden argumentative Gabelungen genannt.

Uneins war die Kammer in der Bewertung des Selbstverteidigungsrechts. Nach den Terroranschlägen von Al Qaida am 11.09.2001 wurde vom UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1368 vom 12.09.2001 eine unilaterale Ausübung des Selbstverteidigungsrechts legitimiert. Strittig ist, ob dieser Legitimationstitel bis heute andauere oder nicht bereits 2001 nach der Entmachtung des Talibanregimes und der Zerschlagung der Stellungen Al Qaidas in Afghanistan erschöpft gewesen sei.

Zweitens ist strittig, ob die völkerrechtlichen Grundlagen und Ziele des Einsatzes der internationalen Schutztruppe (ISAF) nicht immer wieder hätten überprüft und unter Umständen revidiert werden müssen, besonders nachdem die US-geführte Operation Enduring Freedom (OEF) auch

den Einsatzraum der ISAF übernommen hatte, so dass eine Unterscheidung beider Operationen für die afghanische Bevölkerung nicht mehr möglich war. Auch die Einsätze der Stabilisierungsmission von ISAF wurden dann als feindliche Besatzung wahrgenommen.

Drittens ist strittig, zu welchen Bindungen die Bündnissolidarität verpflichtet. Reicht sie so weit, dass die eigenen politischen und ethischen Kriterien und Überzeugungen zurückgestellt werden sollten?

Und schließlich ist strittig die Bewertung der von den US-Streitkräften durchgeführten verdeckten Operationen der gezielten Tötung Aufständischer und Terrorismusverdächtigter mit bewaffneten unbemannten Flugkörpern, den sogenannten Kampfdrohnen.

Bei der zweiten Lektüre ist man erstaunt, dass trotz dieser vier strittigen Positionen die Kammer dennoch zu einem deutlichen Ergebnis gekommen ist. Sie hatte den Auftrag, zwei Leitfragen zu beantworten: 1. Bewährt sich das Leitbild des gerechten Friedens aus der Friedensdenkschrift der EKD von 2007 im Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan? 2. Wird der deutsche Einsatz in Afghanistan dem Anspruch gerecht, eine Rechts-

ordnung zu schaffen und dadurch Frieden zu ermöglichen?

Auf die erste Frage antwortet die Kammer, das friedensethische Leitbild des gerechten Friedens habe sich bewährt im Blick auf eine friedenspolitische Bewertung der Situation in Afghanistan. Es stehe für ein Konzept, das Frieden und Gerechtigkeit eng aufeinander beziehe, den Einsatz militärischer Gewalt an hohe rechtliche Schranken und verlässliche völkerrechtliche Verfahrensregeln binde und einen politischen Prozess in Richtung auf menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung in den Blick nehme.

Die Beantwortung der zweiten Frage fällt der Kammer schwerer. Sie stellt fest, die Ziele der ISAF-Beteiligung der Bundeswehr wurden in den seit 2001 jährlich erneuerten Mandaten des deutschen Bundestags immer nur sehr allgemein und ohne Angabe präziser, überprüfbarer, auf ein friedenspolitisches Gesamtkonzept bezogener Teilziele formuliert. Zugleich fehlten von Beginn an die auch von militärischer Seite geforderten umfangreicheren Mittel für zivile Zwecke sowie die erforderliche Unterstützung in »good administration« und »good governance«. Die Kammer wertet, dies könnte sich in einer historischen Nachbetrachtung als das eigentliche und gravierendste Versäumnis des Engagements der internationalen Gemeinschaft herausstellen. Erst seit der Londoner Konferenz von 2010 wurde vermehrt in zivile Aufgaben investiert. Die Aufgabe »Unterstützung der Regierung von Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit, auch und besonders zum Schutz der Bevölkerung« mandatierter der Deutsche Bundestag explizit erstmals in

seinem Beschluss vom Februar 2010. Die Kammer fragt, ob sich möglicherweise die heute bestehenden Probleme in Afghanistan hätten verringern lassen, wenn es bei der ursprünglichen Interventionsentscheidung einen umfassenderen Einsatzplan gegeben hätte.

Die Kammer hat hier vorsichtig im Konjunktiv angefragt. Tatsächlich enthalten diese Anfragen die Fakten für das drohende Scheitern des Einsatzes in Afghanistan. Letztlich findet die Kammer doch noch zu einem deutlichen Urteil: Die Dominanz der militärischen Mittel entwickelte eine Eigendynamik, die dazu führte, dass der Einsatz militärischer Gewalt zu einer Spirale der Gewalteskalation geführt hat, die nur schwer rechtlich eingehegt oder in rechtsstaatliche Formen überführt werden konnte. Sie betont, ein möglichst umfassendes politisches Konzept unter Einschluss von Szenarien für die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes fehlt weiterhin.

Eine Bewertung der Gesamtlage im heutigen Afghanistan unter Berücksichtigung der auch in der Kammer vier strittigen Positionen, die die Undeutlichkeiten der politischen und militärischen Aufgaben und Ziele des Einsatzes benennen, lässt nur eine Verneinung der zweiten Leitfrage zu: Der deutsche Einsatz wird dem Anspruch nicht gerecht, eine Rechtsordnung zu schaffen und dadurch Frieden zu ermöglichen.

Veröffentlicht auf der Homepage der Evangelischen Akademie Berlin

www.ea-berlin.de

<http://u.epd.de/5vk>



Interview mit Mechthild Gunkel, Friedensbeauftragte des Reformierten Bundes

Im Gespräch mit reformiert-info begrüßt Pfarrerin Mechthild Gunkel den neuen EKD-Text zum Einsatz in Afghanistan. Die Forderung, internationale Rechtsordnungen zu stärken, stehe reformiertem Denken sehr nahe, sagt die Friedensbeauftragte des Reformierten Bundes.

reformiert-info: »Selig sind die Friedfertigen« ist die Stellungnahme zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan veröffentlicht, die die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD jetzt veröffentlicht hat. Zur ethischen Beurteilung dient die Friedensdenkschrift von 2007 »Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen«.

Gunkel: Ich begrüße es sehr, dass der über 10 Jahre andauernde militärische Einsatz in Afghanistan durch die Friedensdenkschrift von 2007 kritisch unter die Lupe genommen wird. Es ist dringend notwendig, dass solche Texte zur Beurteilung einer Situation befragt werden – und ihre Kriterien auf konkrete Herausforderungen bezogen werden. Ethische Urteilsbildung soll so ermöglicht werden – und dazu dürfen Denkschriften nicht in Schubladen verschwinden, sondern müssen bekannt gemacht werden, und das geschieht am ehesten dann, wenn konkrete Fragen auf dem Tisch liegen.

Gerade wenn der Bundespräsident aktuell für Auslands-Einsätze wirbt, ist es dringend notwendig, den vermeintlich ausschließlich militärischen Konfliktlösungen zivile Konfliktlösungen entgegenzustellen und dem militärischen Denken Inhalt zu gebieten. Auf die Eigendynamik, die militärische Mittel entwickeln können, wird im Text hingewiesen. Das halte ich für sehr beachtlich.

»Vorrang für zivil« propagiert die Friedensdenkschrift, ein großer Schwerpunkt liegt auf der Prävention, von der Stärkung des Rechts vor allem im internationalen Kontext bis hin zur Frage nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, die Bürgerkriege und militärische Auseinandersetzungen aus ökonomischen Gründen überflüssig macht.

In der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 wurde das friedensethische Leitbild des gerechten Friedens entwickelt. Was genau besagt dieses Leitbild?

Gunkel: Frieden und Gerechtigkeit sind nicht voneinander zu trennen – das ethische Leitbild vom »gerechten Frieden« will nicht einfach das

Wort »Krieg« durch das Wort »Frieden« ersetzen und der Lehre vom »gerechten Krieg« etwas anderes gegenüberstellen. Es geht um eine friedensethische Vorstellung, die Frieden als einen Prozess beschreibt: Verringerung von Not, von Armut, von Gewalt – das wurde in den 70er Jahren bereits erarbeitet und in ökumenischen Zusammenhängen eingebracht. In der Afghanistanschrift von diesem Jahr heißt es konkret: »Schutz vor Gewalt durch ein funktionsfähiges System kollektiver Sicherheit, Förderung von Freiheit durch die Gewährleistung der unteilbaren, universellen Menschenrechte, Abbau von Not (durch die Gewährleistung von Mindestbedingungen auch transnationaler Gerechtigkeit, Anerkennung kultureller Verschiedenheit« (Punkt 19). [...]

Für die theologisch-ethische Beurteilung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan diene der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD dieses Leitbild. Wird damit bereits vorausgesetzt, dass ein militärischer Einsatz einem Leitbild mit der vorrangigen Option der Gewaltfreiheit gerecht werden kann?

Gunkel: Es gibt die Vorstellung der rechtserhaltenden Gewalt – und die ist an sehr enge Kriterien aus der Lehre vom »gerechten Krieg« gebunden.

Deutlich sind aber auch konkrete Forderungen an den Abzug aus friedensethischer Sicht, die in der deutschen Politik und in der Öffentlichkeit noch zu wenig Zustimmung finden:

- die Frage der Wiedergutmachung der durch ausländische Truppen angerichteten Schäden

- kritischer Umgang mit Rüstungsexporten und Rückführung der militärischen Gerätschaften der Bundeswehr

- Aufnahme der einheimischen zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr und ihrer Familien, da sie oftmals nach dem Abzug gefährdet sind und als Kollaborateure mit den ausländischen Truppen gelten. Auch das ist für mich ein Punkt, an dem deutlich wird, wie eine Infrastruktur zerstört werden kann, wenn fremdes Militär als Arbeitgeber auftritt.

Jeder militärische Einsatz ist an die engen Kriterien gebunden – aber lange vor jedem Nachden-

ken über militärische Interventionen steht die deutliche zivile Aufgabe: Schaffung gerechter Wirtschaftsstrukturen, Schutz für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für alle, nicht nur bestimmte Gruppierungen innerhalb eines Staates, Strukturen für zivile Konfliktbeilegung schaffen, die internationalen Verflechtungen (z. B. Coltanabbau im Kongo, Zerstörung einheimischer Landwirtschaft durch Monokulturen, Landgrabbing, Zugangsregelungen zu Wasser) transparent machen und verändern. [...]

Hat ein friedensethisches Leitbild der evangelischen Kirche überhaupt Auswirkungen auf das Handeln der Soldatinnen und Soldaten sowie die Entscheidungen der Befehlshabenden?

Gunkel: Wir hoffen sehr, dass die friedensethische Diskussion wieder verstärkt in unseren Kirchen geführt wird. »Selig sind die Friedfertigen« – den Satz aus der Bergpredigt lernen alle im Konfirmandenunterricht und hören viele im Gottesdienst, nun geht es darum, nach der Bedeutung dieses Satzes in der aktuellen Situation zu fragen und über die Bundeswehreinätze öffentlich zu diskutieren. Das fordert auch die Friedendenkschrift. Der friedensethische Auftrag der Kirche muss wieder mehr ins Bewusstsein kommen.

Und ich hoffe, dass die Situation der SoldatInnen gesellschaftlich diskutiert wird – gerade wenn viele an Leib und Seele verletzt aus dem Auslandseinsatz zurückkommen. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee – wir haben die SoldatInnen in den Einsatz geschickt. Wissen wir das, wissen wir, was wir da tun? Ich hoffe, dass die Militärseelsorge den kritischen Diskurs mit den SoldatInnen führt – aber auch mit anderen in Kirche und Gesellschaft. Eigentlich sollte jede Gemeinde – und nicht nur während der Ökumenischen Friedens-Dekade im November – den aktuellen Text diskutieren – und sich über die vorrangige Option für Gewaltfreiheit kundig machen.

Die letzte Hauptversammlung des Reformierten Bundes hat ja deutlich dafür gestimmt, in allen Gemeinden über zivile Konfliktbearbeitung zu informieren und Menschen einzuladen, die aus einem eigenen Einsatz als Friedensfachkraft berichten können.

Kommt die aktuelle Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass das Leitbild sich bewährt habe, oder werden Korrekturen nahegelegt?

Gunkel: Für manche AutorInnen hat sich das Leitbild bewährt, sie sehen große Diskrepanzen zwischen den in der Denkschrift formulierten Bedingungen und der realen Situation. Andere beurteilen dies etwas anders und möchten die Kriterien der Friedensdenkschrift weiterentwickeln. Das humanitäre Völkerrecht verdient mehr Aufmerksamkeit. Und die Bedingungen für die Beendigungen von militärischen Einsätzen müssen klarer benannt und eingefordert werden.

Hat der militärische Einsatz in Afghanistan Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Frieden sich entwickeln kann? Wie urteilt die Studie? Was meinst du?

Gunkel: Deutlich ist, dass die Situation in Afghanistan sich durch den militärischen Einsatz an vielen Orten nicht gebessert hat. Nach der Reise von EKD-Ratsvorsitzendem Nikolaus Schneider, Friedensbeauftragtem Renke Brahms und Militärbischof Martin Dutzmann vor drei Jahren wurde berichtet, dass die deutschen SoldatInnen der Meinung sind, ein »militärischer Einsatz schafft keinen Frieden, sondern schafft Voraussetzungen dafür, dass Frieden sich entwickeln kann«. Sieht man auf die im Text benannten Probleme und zieht in Betracht, dass Militär nicht dazu da ist, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, befürchte ich, dass in absehbarer Zeit keine befriedete Zukunft in Afghanistan zu erwarten ist. Was ist mit dem Drogenanbau, haben die Kartelle wirtschaftliche Alternativen? Was ist zum Aufbau der Infrastruktur geschehen?

Eine theologisch-ethische Frage, die uns über den Einsatz in Afghanistan hinaus beschäftigen sollte, ist die gezielte Tötung von Aufständischen oder (vermeintlichen) TerroristInnen mittels Drohnen. Gibt die Schrift »Selig sind die Friedfertigen« Orientierungshilfen für eine Stellungnahme pro oder contra den Einsatz bewaffneter Drohnen?

Gunkel: Diese Frage schreibt uns der Text auf die Tagesordnung – und zwar möglichst bald. Das Thema ist ethisch relevant unabhängig von den Kaufanfragen aus dem Verteidigungsministerium. Auch das soll in unseren Kirchen diskutiert werden!

Gibt es einen Punkt in der Stellungnahme, den du aus reformierter Sicht für besonders beachtenswert hältst?

Gunkel: Ich begrüße es sehr, dass die Stellungnahme erarbeitet wurde. Zwei Jahre Entstehungszeit – das ist sehr lange. Und in manchen

Beurteilungen wurde kein Konsens erzielt, sondern sind unterschiedliche Argumentationen benannt. Mir gefällt daran die Transparenz. Ich hoffe, dass dieser Text wie auch die Friedensdenkschrift ins Bewusstsein gerät.

Die Betonung des Rechts – die Forderung nach Rechtsordnungen und der Stärkung internationa-

ler Rechtsordnungen bis hin zu Strafgerichtshöfen – steht reformiertem Denken sehr nahe.

Vielen Dank für das Interview!

Veröffentlicht auf der Homepage des Reformierten Bundes in Deutschland

www.reformiert-info.de

<http://u.epd.de/5vj>



2. Stellungnahmen aus der Politik

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU: Der EAK begrüßt differenzierte Stellungnahme der EKD zum Einsatz in Afghanistan, 29.1.2014

Anlässlich der jüngsten Veröffentlichung der Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Titel »Selig sind die Friedfertigen – Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik« erklären der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Thomas Rachel MdB, und sein Stellvertreter, der Landesvorsitzende des EAK der CSU und Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Christian Schmidt MdB:

»Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die EKD in Bezug auf ein äußerst schwieriges und vielschichtiges friedenspolitisches und friedensethisches Thema wie den Afghanistan-Einsatz in differenzierter und abgewogener Weise äußert. Was zunächst als Schwäche des Papiers erscheinen könnte, kann man auch als Stärke sehen: Die Mitglieder der Kammer haben ihre sich zum Teil stark unterscheidenden ethischen Beurteilungen nicht künstlich zu einer Art Gesamtvotum harmonisiert, sondern – gut evangelisch – Raum gelassen für die Vielfalt der strittigen Fragen und Bewertungen. Im Sinne der Betroffenen, insbesondere der Soldatinnen und Soldaten, kann und muss man aber schon herauslesen wollen, dass die EKD den Dienst der Bundeswehr in Afghanistan grundsätzlich mitträgt. Das ist seelsorgerlich und auch gesellschaftlich von großer Wichtigkeit für diese Mitchristinnen und Mitchristen, die ihren Einsatz ja unter Gefahr für ihr Leib und Leben leisten.

Es ist gut, dass nun der Versuch unternommen wird, die in der Ratsdenkschrift »Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen« (2007) entwickelten friedensethischen Kriterien nun einmal ausführlich auf den Einsatz in Afghanistan hin zu konkretisieren. Denn erst ein solcher Konkretisierungsversuch vermag auch die ganzen offenen Fragen und Ambivalenzen der vorläufigen ethischen Beurteilung darzustellen:

Man spürt, dass in der Diskussion die unterschiedlichen Ansätze auch der Anwendung oder Androhung von sog. rechtserhaltender Gewalt unterschiedlich gesehen werden. Eine Auflösung dieses Spannungsverhältnisses wäre auch nicht realistisch gewesen und hätte einen fälschlichen evangelischen Konsens behauptet, den es hier nicht gibt.

Positiv zu bewerten ist des Weiteren die abermalige Betonung des sog. vernetzten Ansatzes, also der Erkenntnis, dass zur Krisenbewältigung und Krisenverhinderung eine Mehrzahl von Instrumenten gehört, sowie die seelsorgerisch sehr einfühlsame Darstellung der enormen Belastungen der Soldaten vor Ort. Erhellend und eine gute Diskussionsgrundlage ist der Hinweis auf die Frühphase des Einsatzes in Kabul im Jahre 2001 mit der Thematisierung, ob eine politisch veranlasste zahlenmäßigen Umfangsbegrenzung des Instruments der militärischen Konfliktbewältigung nicht die Krise eher verlängert als eingedämmt hat: Ethik kennt nämlich keine quantitativen Grenzen, sondern nur qualitative. Manchmal scheint es in der politischen wie kirchlichen Debatte einfacher zu sein, Zahlen klein zu halten als sich der Lösung des Problems und der Gewalt zu

nähern. Dies gilt auch für die Verknüpfung von Militär und Entwicklungsarbeit. Auch hier darf Wertigkeit nicht auf Zahlenspiele reduziert werden.

Natürlich gibt es viele offene und strittige Diskussionsaspekte, wie zum Beispiel die Bewertung des Einsatzes von Drohnen oder die komplexen Fragen bezüglich der langfristigen friedenspolitischen Zielformulierungen. Völlig unerwähnt bleiben im EKD-Text aber auch wichtige Fragestellungen, die sich aus den völlig unterschiedlichen kulturellen und religiösen Prägungen der im ISAF-Rahmen Tätigen auf der einen und der afghanischen Bevölkerung auf der anderen Seite ergeben. Es wäre zudem interessant zu klären, inwiefern eine solche christliche Friedensethik überhaupt insgesamt einen dialogischen Resonanzboden in islamischen Kulturraum finden kann.

Der EAK teilt von ganzem Herzen die Auffassung der EKD, dass der Ruf zum Frieden und der Einsatz für den Frieden, der sich aus der friedensstiftenden Kraft des Evangeliums ergibt, zum Kern des kirchlichen wie auch des politischen Auftrages gehört. Diese gemeinsame Verpflichtung möge auch bei den künftigen friedensethischen und friedenspolitischen Debatten niemals aus dem Blick geraten.

Der EAK sieht dieses Papier in seiner Unvollständigkeit gleichzeitig als eine gute Chance, weiter an einem größten gemeinsamen Nenner zur Erlangung des gerechten Friedens durch Diskussion und Position zuzustreben. Die Befassung mit Afghanistan hat also doch einiges bewirkt!«

Veröffentlicht auf der EAK-Homepage:

www.eak-cducsu.de/

<http://u.epd.de/5vv>



MdB Dr. Peter Gauweiler fordert den deutschen Bundestag auf, eine eigene Bilanz des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan zu ziehen

Von Dr. Peter Gauweiler, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender Parteivorsitzender der CSU, Bayerischer Staatsminister a.D.

Pressemitteilung, 30.1.2014

MdB Dr. Peter Gauweiler nimmt den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan zum Anlass, sich im Deutschen Bundestag für eine Bilanzierung des Einsatzes einzusetzen. Gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und transatlantischen Koordinator der Bundesregierung, MdB Philipp Mißfelder, hat Dr. Peter Gauweiler am gestrigen Mittwoch dazu dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags Dr. Norbert Röttgen ein gemeinsames Schreiben übergeben:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Röttgen,

»die deutsche Beteiligung am internationalen Einsatz in Afghanistan geht ihrem Ende entgegen. Die Stützpunkte werden geräumt, die Truppen ziehen ab« – gestern hat die Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter Vorsitz des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, eine entsprechende Bilanz des Militäreinsatzes gezogen.

In diesem Papier, an dem Juristen, Theologen, Militärs und Sozialwissenschaftler über zwei Jahre gearbeitet haben, wird unser christliches Leitbild vom »gerechten Frieden« in Bezug zum militärischen Einsatz in Afghanistan gesetzt. Vor diesem Hintergrund bescheinigt der gestern veröffentlichte Bericht dem deutschen Afghanistan-Einsatz zwar große und anerkanntswerte Anstrengungen, zeigt aber auch, dass der Einsatz »gravierende Defizite« aufweise und die Förderung von Sicherheit, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit im umkämpften Gebiet »nur unzureichend gelungen« sei.

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier führt dieses Ergebnis darauf zurück, dass es an einem friedens- und sicherheitspolitischem Gesamtkonzept sowie an Exit-Strategien gefehlt habe. Darüber hinaus habe die enge Verknüpfung des ISAF-Mandats mit der von den US-Amerikanern als Teil des »war on terror« geführten »Operation Enduring Freedom« (OEF) die Glaubwürdigkeit des ISAF-Einsatzes erheblich beeinträchtigt.

Weitere Kritikpunkte des Berichts sind der respektlose Umgang mit kulturellen und religiösen Symbolen durch ausländische Truppen, die zu-

nächst verhandelbare Interessenkonflikte zu Identitätskonflikten eskalieren ließen und eine mangelnde Berücksichtigung der lokalen Rechtstraditionen und Institutionen.

Diese Kritik ist von besonderer Tragweite für Fragen, welche die Zukunft militärischer Interventionen betreffen: Können die gemachten Fehler zukünftig vermieden werden? Und wie können Evaluationsmethoden die Eigendynamik militärischer Gewalt rechtzeitig verhindern?

Der Deutsche Bundestag hat noch keine abschließende Bilanz des deutschen Einsatzes in Afgha-

nistan gezogen. Wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns in Vorbereitung einer solchen eigenen Bewertung des deutschen Einsatzes mit dieser wichtigen Analyse befassen. Das gilt auch für die Beurteilung von Möglichkeiten und Grenzen militärischer Einsätze bei zukünftigen Herausforderungen.

Wir bitten deshalb, Herrn Prof. Dr. Papier in den Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags einzuladen, um ihn persönlich über den von ihm verantworteten Bericht der EKD und dessen Einschätzung des Afghanistaneinsatzes anhören und befragen zu können. **D**

Eher Anstöße als Orientierung – Anmerkungen zur Afghanistan-Stellungnahme der EKD vom Januar 2014, 2. Fassung (2.2.2014)

Von Winfried Nachtwei, MdB a.D.

Am 27. Januar 2014 stellte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihre Stellungnahme »Selig sind die Friedfertigen« – Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik« der Öffentlichkeit vor und zur Diskussion. Erarbeitet wurde die Stellungnahme in einem zweijährigen Prozess von der Kammer für öffentliche Verantwortung unter Vorsitz von Prof. Hans-Jürgen Papier, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts.

Zusammenfassung:

Ausdrücklich zu begrüßen ist das Bemühen der EKD, die evangelische Friedensdenkschrift von 2007 mit der Realität von zwölf Jahren Afghanistan-Einsatz zu konfrontieren, diesen friedensethisch zu reflektieren und die Friedensdenkschrift vor diesem Hintergrund zu überprüfen. In Afghanistan waren Bundeswehrsoldaten erstmalig in Bodenkämpfe verwickelt. Zugleich ist Afghanistan das Schwerpunktland deutscher Entwicklungs- und Aufbauhilfe. Der Afghanistan-Einsatz ist das bisher größte, teuerste, opferreichste und strittigste deutsche Krisenengagement – und Teil des bisher komplexesten multinationalen Stabilisierungs- und Aufbauprojekts.

Zur rechten Zeit und sehr spät: Die Stellungnahme kommt zur rechten Zeit, wo einerseits der militärische Massiv- und Kampfeinsatz in Afghanistan zu Ende geht und das versprochene, primär zivile Folgeengagement auf einer ungeschminkten Zwischenbilanz aufbauen müsste, wo andererseits die Afghanistan-Müdigkeit unüber-

sehbar ist und andere Krisenherde nach vorne gerückt sind.

Die Stellungnahme mit Orientierungsanspruch kommt zugleich sehr spät, erst im Nachhinein, nachdem abertausende Einsatzbeteiligte über 12 Jahre Tag für Tag schwierige Entscheidungen zu fällen hatten, oft in Zielkonflikten und unter Zeitdruck.

Leitlinien mit Gabelungen: Angesichts der Spannweite friedens- und sicherheitspolitischer Grundorientierungen und Erfahrungen unter Angehörigen der EKD ist schon das Zustandekommen einer gemeinsamen Stellungnahme bemerkenswert. Dass unterschiedliche Bewertungen (»Gabelungen«) mehrfach explizit benannt und nicht verbrämt werden, war vielleicht der einzig mögliche Weg, bei besonders strittigen Fragen überhaupt zu Bewertungen zu kommen. Zusammen mit der sehr behutsamen Sprache beeinträchtigt das aber die Klarheit der Stellungnahme. Insgesamt scheint sie mehr der Selbstverständigung als der tatsächlichen friedensethischen und –politischen Orientierung zu dienen. Angesichts des hohen, geradezu existenziellen Orientierungsbedarfs vieler Einsatzbeteiligter und –verantwortlicher empfinde ich das als einen Mangel.

Friedenspolitisches Gesamtkonzept und umfassende Mandate sind zentrale Schlussfolgerungen der EKD. (Hierauf drängen wir Grüne seit vielen Jahren.) Zivile Schwächen des Gesamteinsatzes werden zu Recht als zentrale Mängel markiert. Ihre Analyse und Empfehlungen zu ihrer

Überwindung kommen aber zu kurz. Im Vordergrund stehen die Streitfragen um die Legitimation und Grenzen militärischer Gewalt. Die Stellungnahme bleibt damit im Mainstream öffentlicher sicherheits- wie friedenspolitischer Wahrnehmungen und Diskurse, die bei Krisenbewältigung und internationaler Friedenssicherung immer wieder vorrangig um Militärfragen kreisen und Fragen der konstruktiven Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, da vermeintlich unstrittig, meist nur am Rande und plakativ, selten als operative Herausforderung behandeln.

Ausdruck dieser strukturellen Militärlastigkeit ist, dass die vielen Frauen und Männer, die im öffentlichen Auftrag in Afghanistan als Entwicklungsexperten, Polizeiberater und Diplomaten gearbeitet haben, in der Stellungnahme der EKD kaum Beachtung finden, geschweige mit ihren Leistungen gewürdigt werden. Das ist eine, wenn auch sicher ungewollte, Geringschätzung von Friedenspraktikern!

Leitbild Gerechter Frieden: Es entspricht in hohem Maße dem Anspruch internationaler Friedenssicherung und der Förderung menschlicher Sicherheit im UN-System. UN(AMA)-Mandate zielen in dieselbe Richtung wie gerechter Frieden: Prozesse abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit. Der Afghanistan-Einsatz verdeutlicht aber besonders eindringlich, wie kompliziert, kurvenreich und langwierig die praktische Umsetzung dieses Leitbildes ist

– in einem gesellschaftlichen Umfeld, wo Gewalt nicht das »äußerste Mittel« ist, wo Ungerechtigkeiten kulturell tief verankert sind,

– im Kontext eines internationalen multilateralen Engagements mit sehr verschiedenen Interessen, Zielen, Kapazitäten, Verhaltensmustern.

Bleibende Verantwortung: Manche Formulierungen in der Stellungnahme und in der Debatte befördern fahrlässig den Eindruck, der ganze Afghanistan-Einsatz ginge zu Ende. (Schon der Einstiegssatz des Vorworts) Erst der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahm, betonte in seinem Abschlusswort ausdrücklich die bleibende Verantwortung für die Unterstützung der kriegsgeplagten afghanischen Menschen.

Trotzdem: Wo sich das Schweigen und Wegsehen zu Afghanistan ausbreiten, da sollten die Denk- und Diskussionsanstöße der EKD-Stellungnahme auf keinen Fall abgetan, sondern produktiv genutzt werden.

Im Einzelnen:

Zu Kapitel 2. Das deutsche militärische Engagement in Afghanistan und die Grenzen rechts-erhaltender militärischer Gewalt

Seit 2001/2002 wird die deutsche Beteiligung am internationalen Afghanistanengagement überwiegend unter dem Aspekt Militäreinsatz, kaum unter der Perspektive Peace-/Statebuilding + Aufbauunterstützung wahrgenommen und diskutiert. Begünstigt wird diese **militärlastige Wahrnehmung** durch die Art des politischen Auftrages (explizite Mandatierung nur des Streitkräfteeinsatzes, fehlende Gesamtkonzepte), die auffällige Sichtbarkeit von Militär und seine besondere Strittigkeit.

Die Kammer will den militärischen und zivilen Einsatz bewerten. Mein Eindruck ist, dass auch die Stellungnahme nicht frei ist von einer gewissen Militärlastigkeit. Im Mittelpunkt steht die ethisch besonders heikle Frage der Legitimation militärischer Gewalt. Darüber gerät die Erörterung der politischen und zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, deren Vorrang immer wieder betont wird, ins Hintertreffen. Dabei gibt es auch auf diesem friedensethisch grundsätzlich konsensualen Feld erheblichen Klärungs- und nicht nur Verstärkungsbedarf. Zum Beispiel: die Möglichkeiten und Grenzen eines extern gestützten Statebuilding, das Spannungsverhältnis zwischen Menschen- und Frauenrechten und traditionellen, lokalen Werten. Auffällig und unverständlich ist, dass die Rolle der Religionen im Konflikt – ausgenommen die Militärseelsorge – nicht thematisiert wird. Was ist aus den gelegentlichen Versuchen von interreligiösem Dialog geworden, an denen doch auch Militärseelsorger beteiligt gewesen sein sollen?

(5) **Selbstverteidigungsrecht:** Im Gegensatz zur verbreiteten Pauschalwahrnehmung des militärischen Afghanistan-Einsatzes differenziert die Stellungnahme richtigerweise die unterschiedlichen Operationen OEF (Operation Enduring Freedom) und ISAF.

Sehr zu Recht ist die zeitliche (und räumliche) Entgrenzung des Selbstverteidigungsrechts, wie es bei OEF in Anspruch genommen und vom Sicherheitsrat akzeptiert wurde, in der Kammer umstritten. Hier wäre eine einmütige Absage an einen entgrenzten Verteidigungsbegriff und die damit einhergehende Unterhöhlung des Völkerrechts angebracht gewesen. Die Stellungnahme äußert sich nicht zur Einsatzpraxis von OEF, die

mit »rechtserhaltender Gewalt« nichts, mit kriegerischer Gegnerbekämpfung alles zu tun hatte. (Ein Grundproblem war, dass die Bundesregierung immer nur die Notwendigkeit von OEF betonte, zur Realität und Wirksamkeit von OEF aber immer die Aussage verweigerte. Dass Bundestagsmehrheiten das lange hinnahmen, empfand ich als Tiefpunkt der realen Parlamentsbeteiligung.)

Nach den geflügelten Worten des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck wurde Deutschlands Sicherheit (mit ISAF) auch am Hindukusch verteidigt. Hier wäre eine Klarstellung angebracht gewesen, dass es für die Staatengemeinschaft in Afghanistan um internationale kollektive Sicherheit ging – und geht – und nicht um entgrenzte Landesverteidigung.

[...]

(10) Bündnissolidarität und -verantwortung:

Der Stellenwert der Bündnissolidarität bei Einsatzentscheidungen wird benannt, die damit einhergehenden friedensethischen wie sicherheitspolitischen Dilemmata hätten aber eine umfassende Erörterung verdient. Wo große Verbündete wie die USA und Großbritannien in der Startphase des Afghanistaneinsatzes den Krieg gegen den Irak begannen (verbunden mit einer enormen Kräfteverlagerung und Glaubwürdigkeitsverlust in der islamischen Welt), wo Bündnisloyalität trotz gemeinsamer Rules of Engagement mit widersprüchlichen Einsatzpraktiken einherging (bevölkerungsorientiert vs. gegnerfixiert, interkulturelle (In-)Kompetenz), wo faktisch ein Ziele- und Verhaltensdissens bestand, da hat ein solcher Einsatz keine begründete »Aussicht auf Erfolg«. Bei multinationalen Einsätzen reicht es nicht, seinen verlässlichen Beitrag zu leisten und in nationaler Nabelschau nur auf diesen zu sehen. Teilnehmerstaaten stehen in Mitverantwortung und Mithaftung für Erfolg und Misserfolg des Gesamtunternehmens. Wo z.B. die Schutzverantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung systematisch von Verbündeten verletzt wurde (Zivilopfer, Besatzerverhalten), darf es kein Wegsehen geben, ist »Bündnisverantwortung« gefragt. (ggfs. mit der heiklen Konsequenz, selbst mehr Verantwortung übernehmen zu müssen; denn Besserwissen reicht nicht)

[...]

(12) Unklares Mandat: Die Kammer schildert die schrittweise Ausweitung der Bundestagsmandate für die ISAF-Beteiligung der Bundeswehr und

bemängelt deutlich die »immer nur sehr allgemein« formulierten Ziele, »ohne Angabe präziser, überprüfbarer, auf ein friedenspolitisches Gesamtkonzept bezogener Teilziele«. Mit anderen Worten: Die Grundforderung des Brahimi-Reports von 2000 (!) von »klaren und erfüllbaren Mandaten« wurde über Jahre nicht erfüllt!

»Die auch von militärischer Seite seit langem geforderten umfangreicheren Mittel für zivile Zwecke sowie die erforderliche Unterstützung im Bereich »good administration« und »good governance« wurde erst Jahre später (London-Konferenz von 2010) ansatzweise bereitgestellt. Dies könnte sich in einer historischen Nachbetrachtung als das eigentliche und gravierendste Versäumnis des Engagements der internationalen Gemeinschaft herausstellen.«

Über viele Jahre »fehlte das für eine begründete Aussicht auf Erfolg erforderliche friedens- und sicherheitspolitische Gesamtkonzept unter dem Primat des Zivilen oder wenigstens unter gleichrangiger Gewichtung der diplomatischen, entwicklungspolitischen und polizeilichen Aufgaben«. Das war nicht weniger als ein politisches Führungsversagen!

[...]

(18) »Möglicherweise«: Nach 12 Jahren Afghanistan-Einsatz sind die Feststellungen zum Fehlen eines wirklich umfassenden Ansatzes, zum »Billig-Peacekeeping« und »Billig-Statebuilding« der ersten Jahre im Kern sehr richtig, aber ausgesprochen vorsichtig formuliert.

Der »Prüfauftrag«, »ob nicht jede Mandatierung einer bewaffneten Friedensmission immer auch mit einem friedenspolitischen zivilen Konzept zu versehen« sei, wird in Nr. 56 a. richtig konkretisiert: den militärischen Teil eines Mandates in eine umfassende Mandatierung einbinden, »in der die zivilen friedenspolitischen Ziele und Maßnahmen konkretisiert werden«. Sehr unterstützenswert!

An dieser Stelle wäre auch die selbstkritische Feststellung angebracht gewesen, dass es in der Vergangenheit aus der Gesellschaft (und auch den Kirchen) relativ wenig konkreten Druck für eine Stärkung der zivilen Aufbauunterstützung gegeben hat.

[...]

(22, 23) **Polizeiaufbau:** Erste Träger rechtserhaltender Gewalt sind Polizei und Justiz. Deren Aufbau und rechtsstaatliche Einhegung ist von zentraler strategischer und alltäglicher Bedeutung für den ganzen Stabilisierungsprozess. Die Ausführungen der Kammer zu dieser Schlüsselaufgabe des Statebuilding sind rein deskriptiv, dürrig und beschönigend. Dass Deutschland seine Lead-Rolle beim Polizeiaufbau sehr unzureichend wahrnahm (breitere Anstrengungen erst ab 2008!), dass der Bundestag jahrelang den Einsatz deutscher Polizisten in Afghanistan weitgehend ignorierte, gehört zu den strategischen Versäumnissen deutscher Afghanistanpolitik. Inoffizielle Sicherheitskräfte/Milizen werden zu Recht als erhebliches Problem markiert.

Die Forderung nach verstärkten Bemühungen, »eine demokratisch kontrollierte Rechtsstaatlichkeit mit einer funktionierenden Justiz und staatlichem Gewaltmonopol unter Einbeziehung der örtlichen Traditionen aufzubauen«, ist ja grundsätzlich richtig. Zugleich sollte man dabei aber die enormen Herausforderungen (mehrere Rechtswelten), Widerstände und Zeitbedarfe klarstellen.

[...]

(35) **Gewissensentscheidung:** Verbreitet ist inzwischen das Urteil, der Afghanistan-Einsatz sei gescheitert (vgl. das Fern-Urteil »nichts ist gut ...«). Nicht wenige meinen, es sei ein Irrweg von Anfang an gewesen. Wie können gewissenhafte Menschen damit ohne Ausflüchte umgehen? Wofür dann die Entbehrungen, Belastungen, Verwundungen, Toten, Kosten?

Die zugespitzte Sinnfrage wird sich wahrscheinlich in diesem Jahr zunehmend stellen. Wie können die Kirchen da Hilfestellung leisten? [...]

Zu Kapitel 5 Friedenspolitische Aufgaben im Blick auf Afghanistan

(47-48) **Suche nach Verhandlungslösungen**

(49-52) **Übergabe in Verantwortung, internationaler Truppenabzug, Perspektiven:** Die Kammer gibt hierzu aus friedensethischer Perspektive etliche Gesichtspunkte und Handlungsfelder zu bedenken, sie betont die notwendige tiefe Kenntnis lokaler Bedingungen, ein stimmiges und zurückhaltendes Handeln externer Akteure, den weiten Zeithorizont aller Dimensionen eines gerechten Friedens.

Bleibende Verantwortung: Begrüßt wird, dass sich die Bundesregierung bis 2016 zu jährlich 430 Mio. Euro Aufbauhilfe verpflichtet hat. Die Kammer erwähnt aber nicht, dass die verlässliche Unterstützungspartnerschaft mit Afghanistan keineswegs gesichert ist: Unübersehbar ist eine verbreitete Afghanistan-Müdigkeit in Gesellschaft, Öffentlichkeit und Politik und ein Trend »bloß weg aus Afghanistan!«. Zusammen mit den prioritären anderen und näher liegenden Krisenregionen und der Tatsache, dass Afghanistan für Politiker längst kein Gewinnerthema mehr ist, könnte das offizielle Gelöbnis »Wir lassen euch nicht im Stich!« sehr schnell zerbröseln.

Auf der XXVII. Afghanistan-Tagung der Evangelischen Akademie in Villigst im letzten Dezember bestand Einigkeit: Nach allen gemachten Versprechen, geweckten Erwartungen, getanen Großfehlern sehen wir uns weiter in menschlicher Mitverantwortung für die kriegsgeplagten Menschen in Afghanistan. Diese Verantwortung ist zugleich eine friedens- und sicherheitspolitische.

Die Kammer sollte sich klar zu dieser bleibenden Verantwortung bekennen!

Veröffentlicht auf der Homepage von Winfried Nachtwei

www.nachtwei.de
http://u.epd.de/5vz



3. Publizistische Beiträge

zeitzeichen 3 / 2014

Götz Planer-Friedrich: Genugtuung für Käßmann. Wie die EKD den Bundeswehreininsatz in Afghanistan ethisch bewertet

Die EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung hat einen Text veröffentlicht, der die Lage in Afghanistan vor dem Hintergrund evangelischer Friedensethik beleuchtet. Der frühere zeitzeichen-Redakteur Götz Planer-Friedrich, der beim DDR-Kirchenbund und beim Lutherischen Weltbund mit ethischen Fragen befasst war, hat den EKD-Text gelesen und ordnet die Äußerungen der evangelischen Kirche zur Friedensethik ein.

Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden,« sagte die damalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010. Und sie fährt fort: Christen sollten ein klares Friedenszeugnis ablegen und über Alternativen zu Krieg und Gewalt reden.

Ihr Nachfolger Nikolaus Schneider verteidigte Käßmanns Äußerung, als er am 27. Januar diesen Jahres im Morgenmagazin des Deutschlandfunks die EKD-Schrift »Selig sind die Friedfertigen. Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik« vorstellte. Es sei notwendig gewesen, dass Käßmann vor vier Jahren so deutlich geredet habe, weil damals die Probleme in der Öffentlichkeit weitgehend verschwiegen worden seien. Dass im Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von Jahr zu Jahr erneut abgestimmt wurde, ohne dabei die politischen Ziele dieses Einsatzes überhaupt anzusprechen, sei von Anfang an ein großes Manko gewesen, das die Soldaten in ein Dilemma gestürzt habe. Der Politik wird damit das Fehlen eines strategischen und politischen Rahmenkonzepts angelastet.

Die EKD-Schrift, die als Titel ein Zitat aus der Bergpredigt Jesu: »Selig sind die Friedfertigen« trägt, evaluiert den Bundeswehreininsatz in Afghanistan auf der Grundlage evangelischer Friedensethik. Dabei bezieht sie sich auch auf die EKD-Denkschrift von 2007 »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen«, die in der evangelischen Friedensethik neue Akzente setzte.

Bis Ende der Achtzigerjahre hatten sich die christlichen Friedensinitiativen vor allem auf die Überwindung der atomaren Abschreckung konzentriert. Als 1983 auf der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver ein ökumenisches Friedenskonzil gefordert wurde, waren es die Vertreter und Vertreterinnen aus wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, die Frieden nicht ohne die Forderung nach Gerechtigkeit diskutieren wollten. Der damit initiierte konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung setzte in vielen Kirchen eine Änderung des Blickwinkels in Gang: Nicht mehr die Einhegung des Krieges sollte im Mittelpunkt christlicher Friedensethik stehen, sondern das Friedenstiften.

Defizit im Rechtsverständnis

Beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR stand seinerzeit die atomare Abrüstung im Fokus friedensethischer Ausarbeitungen und Appelle. Aus kirchlicher Perspektive kam es damals nicht darauf an, wie politische Entscheidungsträger und militärische Führungskräfte damit umgehen sollten. Christen waren unter denen in der DDR sowieso keine zu finden. Doch es wurde damit auch vernachlässigt, dass Frieden nicht ohne Politik im weitesten Sinne gestiftet werden kann. Ein Defizit war vor allem, dass das Verständnis des Rechts im theologisch-ethischen Diskurs unterentwickelt war. Denn ein Friede, der auf Gewaltanwendung weitgehend verzichtet, ist auf ein funktionierendes Rechtssystem angewiesen. Obwohl man das schon bei Kant hätte nachlesen können, ist es erst in der Gemeinsamkeit mit den Gremien der EKD stärker beachtet worden. Die Denkschrift von 2007 orientiert sich ausdrücklich am »Leitbild des gerechten Friedens« und räumt der »Respektierung der Menschenrechte sowie der Herrschaft des Rechts« bei der Friedensförderung »Priorität« ein. Die EKD hatte länger als zum Beispiel die katholische Bischofskonferenz mit ihrem Wort »Gerechter Friede« von 2000 gebraucht, den Paradigmenwechsel vom »gerechten Krieg« zum »gerechten Frieden« ausdrücklich zu vollziehen.

Der DDR-Kirchenbund fragte Anfang 1989 seine Partnerkirchen in einem Schreiben, ob Christen

auch heute noch mit dem Augsburger Bekenntnis von 1530 der Überzeugung sein könnten, dass sie ohne Sünde »gerechte Kriege führen« dürfen. Der Kirchenbund erklärte: »Um Gottes und der Menschen willen ist uns heute der Dienst für den Frieden geboten. Als Christen wollen wir Schritte wagen, die zu einer Ordnung gerechten Friedens führen.«

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) zog sich damals auf eine Erklärung ihres Theologischen Ausschusses zurück, in der es unter anderem hieß, »dass die reformatorischen Bekenntnisse im Blick auf das rechte Handeln darauf zielen, dass Werke nicht in das Zeugnis der Rechtfertigung gemischt werden dürfen«. Friedenshandeln sollte nicht mit dem Streben nach Gerechtigkeit verbunden werden.

In den friedensethischen und friedenspolitischen »Orientierungspunkten«, die der Rat der EKD 1994 unter der Überschrift »Schritte auf dem Weg des Friedens« erstellte, einigte man sich gemeinsam auf wenigstens drei Punkte: Frieden ist nur durch Recht zu schaffen, Konfliktfälle sollten nur unter Verzicht auf Zwang und Gewalt gelöst werden, und militärische Gewalt ist nur als ultima ratio zu rechtfertigen.

Der dritte Punkt bleibt freilich interpretationsbedürftig. Und Wehrdienstverweigerung wurde nicht als das »deutlichere Zeugnis« des Christen verstanden, wie das Christen in der DDR taten, sondern als »eine Frage politischer Ethik«. Das Problem hat sich allerdings vorläufig erledigt.

Erst in der EKD-Denkschrift »Aus Gottes Friede leben – für gerechten Frieden sorgen« von 2007 wird der Paradigmenwechsel deutlich. Aber jetzt steht eine neue Art militärischer Einsätze zur Debatte, die auch seitens der uno erst mit dem Zerfall des osteuropäischen Machtblocks in den Blick geraten ist: bewaffnete humanitäre Nothilfe und militärische Intervention aufgrund massiver Verletzung der Menschenrechte und angesichts von Völkermord, sowie »Zerfall politischer Gemeinschaften«. Auch die Bundeswehr war zum ersten Mal in einen solchen Einsatz geschickt worden. Die EKD-Denkschrift von 2007 versteht den gerechten Frieden – abgesehen von seiner religiösen Tiefendimension – als »sozialethischen Leitfaden«. Darin artikuliert sich die »vorrangige Option für Gewaltfreiheit«. Militärische Gewaltanwendung wird im Sinne christlicher Ethik nur noch als »rechtserhaltend« oder Recht ermöglichend für vertretbar gehalten. Dafür werden konkrete Kriterien angeführt.

Sie dienen der EKD nun in ihrem jüngst veröffentlichten Text »Selig sind die Friedfertigen« als Maßstab für eine ethische und friedenspolitische Einschätzung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr: Der Einsatz erfolgte seit Dezember 2001 aufgrund der Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates. Gleichzeitig galt er aber auch als Solidaritätsaktion gegenüber den USA, die durch die Terrorakte vom 11. September 2001 schwer getroffen war. Ob jedoch der »Krieg gegen den Terrorismus« unter dem Legitimationstitel »Selbstverteidigung« firmieren kann, ist unter den Autoren und Autorinnen von »Selig sind die Friedfertigen« strittig. »Bei der Mandatierung durch den Sicherheitsrat bestand von Anfang an eine friedenspolitisch problematische Überschneidung zwischen der mit Erzwingungsgewalt ausgestatteten Stabilisierungsmission von ISAF (International Security Assistance Force) einerseits und dem auf das Verteidigungsrecht gestützten OEF (Operation Enduring Freedom) Einsatz andererseits.«

Auch sei der Primat des Zivilen vor dem Militärischen nicht immer gewahrt worden. Der weitaus größte Teil ziviler Opfer in den Auseinandersetzungen gehe zulasten der Aufständischen. Die selbst von militärischer Seite geforderten umfangreichen Mittel für zivile Zwecke seien erst viel später, nach der London-Konferenz 2010, ansatzweise bereitgestellt worden. Die Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung sollte durch den auf dem Bonner Petersberg 2001 eingesetzten afghanischen Präsidenten Hamid Karzai abgedeckt sein, was die EKD für völlig unzureichend ansieht. Karzai war damals der Vertrauensmann der USA, das aber zu Unrecht – wie sich herausgestellt hat.

Ein grundsätzliches Problem besteht nach Auffassung der EKD darin, dass es bei den Kämpfen vorwiegend um Gegner geht, die bewusst ihre Identität als Kombattanten verschleiern und hinter zivilen Personen und Einrichtungen Deckung suchen. Als weiteres Defizit wird beklagt, dass viel zu spät ein »regionales politisches Konzept« entwickelt wurde. Schließlich sehen die Verfasser des EKD-Textes auch ein großes Problem darin, dass die Afghanen mit reichlich Waffen ausgerüstet wurden, ohne dass absehbar war, »was diese großen Waffenpotenziale in einem Land bewirken, in dem nur eine fragile demokratisch kontrollierte Rechtsstaatlichkeit existiert«.

Die »Verzahnung zwischen Zentralregierung, Kriegsherrensystem und Drogenökonomie« scheint ungebrochen zu sein. Es ist auch schwer

zu ermitteln, wie viel von den erheblichen Mitteln, die durch Regierungen und Nichtregierungsorganisationen in das Land transferiert wurden, dem beabsichtigten Zweck zugeführt wurden, Not zu lindern und zivile Strukturen aufzubauen.

Misst man den Militäreinsatz der Bundeswehr an den friedensethischen und friedenspolitischen Kriterien der EKD-Denkschrift von 2007, lassen sich auch positive Auswirkungen feststellen. Freilich ist der Aufbau parlamentarischer Strukturen in »massiven Betrugs- und Täuschungsmanövern« steckengeblieben, heißt es in »Selig sind die Friedfertigen«. Und »vertrauensbildende Maßnahmen« wurden durch unachtsamen Umgang

mit ethnischen Besonderheiten und religiösen Empfindungen häufig konterkariert. Die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr hat sich bewährt, indem sie den häufig traumatisierten Soldaten Rat, Trost und Beistand leisten konnte. Und auch die Friedensdenkschrift von 2007 hat für die Verfasser von »Selig sind die Friedfertigen« in Afghanistan ihre Bewährungsprobe mit Erfolg bestanden.

Es ist gewiss nicht alles schlecht, was durch den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan geschehen ist. Doch gut steht es um Afghanistan bei weitem (noch) nicht. **D**

chrismon.de

Eduard Kopp: Wie soll es weitergehen in Afghanistan? Die evangelische Kirche sieht die Zukunft des Landes mit größter Sorge

Mehr als elf Jahre ist die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz. Der Abzug der Einheiten hat begonnen. Doch nach einem Krieg, in dem mehr als 3000 Soldaten der Allianz und abertausende Einheimische ihr Leben verloren, der die amerikanische Wirtschaft mit 100 Milliarden Dollar jährlich fast an den Abgrund gebracht hat und der außerdem eine gigantische Abhörmaschinerie rund um den Erdball gefördert hat, darf und muss man fragen: Haben die Opfer wenigstens dem Ziel gedient, nachhaltig Frieden zu schaffen?

Wer die neue Stellungnahme aus der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Afghanistankrieg (»Selig sind die Friedfertigen«) liest, dem wird schnell klar: Die Sorgen sind heute um ein Vielfaches größer als die Befriedigung darüber, was der Westen im Land militärisch ausgerichtet und dort zu seinem Aufbau beigetragen hat. Zwar verzichtet die EKD – genauer gesagt ihre »Kammer für Öffentliche Verantwortung« – auf ein summarisches Urteil über das Engagement des Westens. Aber wenn man Mosaikstein um Mosaikstein dieser Schrift geduldig zusammenfügt, entsteht ein desaströses Gesamtbild.

Der zivile Aufbau des Landes ist auf halber Strecke steckengeblieben

Militärisch und zivilgesellschaftlich bereitet die Zukunft des Landes größte Sorge. Und obwohl sich dieses Fachgremium aus Theologen, Politikern, Politikwissenschaftler, Juristen und vielen andern ganz offensichtlich politisch und ethisch

in vielen Fragen uneinig sind, ist ihre Gesamtbilanz sehr unerfreulich. Zwischen den Zeilen der Schrift lässt sich herauslesen: Der deutsche Kriegeinsatz hat die Verhältnisse im Land nicht grundlegend verändert, die zivile Aufbauarbeit ist irgendwo auf halber Strecke, wenn nicht schon in den Anfängen steckengeblieben.

Geld, so beklagen die Autoren der Analyse, war für den Militäreinsatz schneller verfügbar als für zivile Zwecke. Die fließen erst seit wenigen Jahren – und zwar in bescheidenem Umfang. Wem es, so darf man ergänzen, um den Aufbau einer modernen Zivilgesellschaft geht, der muss die Schwerpunkte vom Militärischen noch stärker auf das Soziale verlagern.

Ein wenig versteckt in der Erklärung, aber eindeutig formuliert ist die Kritik mancher Kammermitglieder an gezielten Tötungen Verdächtiger. Amerikanische Vergeltungsschläge, so die Einschätzung, rufen neuen Widerstand in der Bevölkerung hervor. Ob die gezielte Tötung von »nichtstaatlichen Gewaltakteuren«, also bewaffneten Zivilisten, ethisch überhaupt erlaubt ist, dazu legen sich die Fachleute nicht einstimmig fest. Auch die Tötung Osama Bin Ladens durch ein Kommando der amerikanischen Navy Seals findet in der EKD-Kammer keine einhellige Wertung. Zum Stichwort Kampfdrohnen konstatieren die Autoren »außerordentliche Risiken«, zum Beispiel dass die Hemmschwelle zum Einsatz sinke. Auch die »Tendenz zur robotisierten Tötung« werfen Probleme auf.

Das Leben unbeteiligter Zivilisten darf nicht geopfert werden

Viele unbeteiligte Zivilisten haben im Afghanistankrieg ihr Leben verloren. Schlimm genug, dass diese Erklärung darauf hinweisen muss: Das Leben Unbeteiligter darf nicht für militärische Vorteile geopfert werden. Zivilpersonen zu töten ist nur dann erlaubt, wenn es das einzige Mittel zur Notwehr oder Nothilfe ist.

Doch wer kann in Afghanistan den weiteren Wiederaufbau in die Hand nehmen: Präsident Karzai, von dem in der Erklärung bezweifelt wird, er sei durch die Zivilgesellschaft nicht ausreichend legitimiert und seine Wahl 2009 sei von Fälschungen geprägt? Werden es die Warlords und Milizen sein, mit denen die USA offen kooperieren und über die die Autoren den bemerkenswerten Satz schreiben: »Eine Zusammenarbeit auswärtiger Truppen mit lokalen Milizen machen die erklärte Absicht der Beförderung der Rechtsstaatlichkeit vor Ort unglaubwürdig.« Säen die amerikanischen Truppen da die Saat für zukünftige Clankriege und eine Rückkehr der Taliban? Und schlimmer noch: Die afghanische Regierung duldet aus Schwäche lokale Polizeitruppen wie die ANP (Afghan Local Police), denen schwere Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen werden. Dies abzustellen ist keiner internationalen Kraft gelungen. Das lässt, so muss man die EKD-Schrift lesen, Schlimmstes für die Zukunft befürchten.

Rechtsstaatlichkeit, staatliches Gewaltmonopol? In Afghanistan kaum vorhanden

Beim Thema Waffenlieferungen hat die evangelische Kirche aus ihrem Herzen noch nie eine Mördergrube gemacht. Tatsache ist: Waffen, die Polizei und Armee aus dem Westen geliefert werden, kommen in die falschen Hände. Die EKD-Schrift formuliert allerdings diplomatisch: Es sei nicht »abzusehen, was diese große Waffenpotentiale in einem Land bewirken, in dem nur eine fragile demokratisch kontrollierte Rechtsstaatlichkeit existiert«. Konsequenter weitergedacht müsste das bedeuten: Keine Waffenlieferungen an afghanische Einrichtungen, die nicht die Gewähr bieten, dass sie nach Recht und Gesetz handeln und die diese Waffen auch nicht weitergeben. Liest man die entsprechenden Passagen mit Bedacht, findet man den schreckliche Sachverhalt bestätigt: Die Regeln des Rechtsstaates gelten weithin in Afghanistan nicht. Auch von einem Gewaltmonopol des Staates kann überhaupt nicht die Rede sein. Das sind Erkenntnisse, die so bereits im »Fortschrittsbericht« 2011 für den Deutschen Bundestag zu

lesen waren, nun aber aus gutem Grund von der Kirche erneut eingeschärft werden.

Angesichts dieser desaströsen Analyse, für die Margot Käßmann schon vor geraumer Zeit die Formulierung wählte: »Nichts ist gut in Afghanistan«, kann man sich den Forderungen der EKD-Kammer nur anschließen: Wenn in Zukunft politische Verhandlungen, dann nur mit allen gesellschaftlichen Gruppen; die Waffenpotentiale müssen reduziert werden; auch wenn es mühsam ist: Zivilgesellschaftliche Kräfte – ein Beispiel für viele: die Frauengruppen – müssen überall im Land aufgebaut werden; Wahlbetrug muss unterbunden, das undurchsichtige Gerichtswesen von Grund auf reformiert werden. Nachhaltig am wichtigsten aber ist und bleibt: Eine einheimische Zivilgesellschaft soll die Macht der Clans und des ausländischen Kapitals regulieren. Das steht so zwar nicht wörtlich in dem EKD-Papier, es wird der Sache nach aber so erwähnt.

»Gerechter Frieden«: Eine Ethik, die zum Thema Afghanistan viel beizutragen hat

Eine »Kammer« der EKD ist so etwas wie ein Fachausschuss. Ihre Erkenntnisse sind keine endgültige Festlegungen der Kirche, sondern eine aktuelle Analyse einer gesellschaftlichen oder politischen Streitfrage unter ethischen Gesichtspunkten. Und wie es bei Protestanten so ist: Sie unterziehen nicht nur ihre Themen einer kritischen Analyse, sondern auch ihre eigene Arbeit. So enthält das Papier nicht nur wichtige kritische Bemerkungen zum Afghanistankrieg, sondern umreißt auch die Möglichkeiten und Grenzen theologischer Ethik. Eines ist deutlich: Die Ablösung einer kirchlichen Ethik des »gerechten Krieges« durch die des »gerechten Friedens« ist ein sinnvoller Weg, auch um den Afghanistankrieg zu beurteilen. Denn die militärische Intervention kann nur wenig ausrichten beim Bau einer gerechten Zivilgesellschaft. Gerade der Afghanistankrieg zeigt mit wünschenswerter Deutlichkeit: Frieden ist sehr viel mehr als die Abwesenheit von Krieg. Und: Friedensethik ist mehr als eine ethische Beurteilung von Kriegseinsätzen. So ist die Stellungnahme der EKD-Kammer auch ein gelungenes Dokument kirchlicher Selbstvergewisserung.

Veröffentlicht am 27.1.2014 auf

www.chrismon.de

<http://u.epd.de/5ye>



Evangelischer Kirchenbote. Sonntagsblatt für die Pfalz, 31.1.2014

Klaus Koch: Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz

Über zwölf Jahre ist es her, dass Nato-Truppen in Afghanistan einmarschierten. Nun packen die Soldaten ihre Koffer. Ende des Jahres ist, von sogenannten militärischen Helfern abgesehen, Schluss. Für Deutschland war der Einsatz ein Desaster. Über 50 Soldaten kamen um, viele sind traumatisiert. Die deutsche Armee, zu Beginn als Befreier gefeiert, hat kaum noch Freunde im Land. Und sie lässt ihre einheimischen Helfer zurück, die nun um ihr Leben fürchten. Nichts ist gut in Afghanistan trifft vielleicht nicht genau den Punkt. Aber weit daneben liegt der Spruch nicht.

Afghanistan ist ein korruptes Land, ohne Sicherheit, ohne Rechtssystem, gequält von Gewalt und Armut. Dies zu ändern, war nie oberstes Ziel der Nato. Unter dem grausamen Schock der Terroranschläge in New York war für die Regierenden der Zwang, etwas tun zu müssen, übermächtig. Der Krieg gegen den Terror wurde eröffnet. Na-

turgemäß sind dessen Ziele so diffus wie die Gegner. Feige Mörder sind mit militärischer Gewalt nicht zu besiegen. Im Gegenteil. Wenn die Zivilbevölkerung leidet, können Terroristen leichter Nachwuchs rekrutieren.

Durchaus möglich, dass in der noch nicht erlösten Welt Gewalt nicht zu vermeiden ist. Aber das Militärische darf nie Vorrang haben. Wer Gewalt nur anwendet, um den Gegner auszurotten, sät immer neue Gewalt. Wenn ein zivilisierter Staat Gewalt ausübt, muss er dabei zivilisatorische Gründe und Ziele haben. Das fordert nun – ziemlich spät – auch die evangelische Kirche (Seite 6). Ihre Unschuld als Friedens- und Verteidigungsarmee hat die Bundeswehr jedenfalls am Hindukusch verloren. Hoffentlich haben wenigstens die Politiker, die die Soldaten in diesen Krieg geschickt haben, dazugelernt. D

Die Kirche – Evangelische Wochenzeitung, Nr. 5, 2.2.2014

Tilman Asmus Fischer: Friedfertig mit Differenzen

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) lud zum Pressegespräch über ihre Stellungnahme »Selig sind die Friedfertigen« – Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik«. Eine »theologisch-ethische Orientierung« soll das Papier vermitteln. So formulierte es der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider im Vorwort. Doch interne Meinungsverschiedenheiten machen deutlich, auf welch schwierigem Feld sich die Kirche bewegt, wenn sie sich ethischen Fragen militärischer Einsätze stellt.

2007 formulierte die EKD in ihrer Friedensdenkschrift anlässlich des deutschen Militärengagements in Afghanistan das Leitbild des »gerechten Friedens«. In den vergangenen Jahren hat die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD im Auftrag des Rates der EKD die Tragfähigkeit dieses Konzeptes geprüft und reflektiert, inwiefern der Einsatz Recht und Frieden herstellen und sichern konnte, also seinem eigenen Anspruch gerecht wurde.

„Selig sind die Friedfertigen“. Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik«

heißt die so entstandene Stellungnahme. Nach ihr hat sich die Idee des »gerechten Friedens« bewährt. Sie stehe für ein Konzept, »das Frieden und Gerechtigkeit eng aufeinander bezieht«, einen engen völkerrechtlichen Rahmen für Militäreinsätze ziehe sowie »menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung« fokussiere, heißt es.

Ihrer komplexen Thematik nähert sie sich unter verschiedenen Perspektiven: Die politischen Entscheidungen und Entwicklungen in Afghanistan setzt sie in Relation zu völkerrechtlichen Normen und dem eigenen Leitbild. Ebenso fließen die Erfahrungen der Militärseelsorge in das entworfen Bild ein. Abschließend benennt die Kammer »friedenspolitische Aufgaben«, wie etwa »Verhandlungen für tragfähige Friedensstrukturen und eine friedenspolitisch kohärente Politik der internationalen Gemeinschaft«.

Wie vielschichtig das Problem ist, machen kammerinterne Meinungsverschiedenheiten bei der Bewertung des konkreten Einsatzes deutlich, die der Text dokumentiert: Am ehesten herrscht darüber Konsens, dass nicht-militärische Instrumente und Strategien der Friedenssicherung hätten in-

tensiviert und stärker mit den militärischen verzahnt werden müssen.

Interessanterweise kritisieren Spezialisten wie General Rainer Glatz die Stellungnahme als zu »militärlastig«. Sie thematisiere gerade das zivile Engagement in Afghanistan nicht genügend. Hinsichtlich der grundsätzlichen Legitimierung und der weiteren Ausdehnung und Gestaltung des Kampfeinsatzes bestehen deutliche Positionenunterschiede. Bei der Vorstellung des Papiers am 27. Januar in Berlin betonte EKD-Ratsvorsitzender Nikolaus Schneider, dass es in der Kammer »trotz bleibender Differenzen« keine Spaltungen und Fraktionsbildungen gegeben habe.

Die Gesamtschau, die das Papier bietet, und die konzeptionellen Denkanstöße machen unter allgemeinen friedensethischen Gesichtspunkten sensibel für bekannte Problemfelder der Sicherheitspolitik – etwa die Privatisierung von Gewalt. Dass es hingegen »auf einer grundsätzlicheren Ebene um eine theologisch-ethische Orientierung« gehen soll, wie es im Vorwort von Nikolaus Schneider heißt, ist kaum erkennbar. Dies ist jedoch der Tatsache geschuldet, dass die Friedensdenkschrift als Referenzpunkt fortbesteht.

Dass eine Diskussion über die neuerlich angerisenen Fragen fortgesetzt notwendig ist, macht auch der Friedensbeauftragte der EKD, Pfarrer Renke Brahm, deutlich: »Besonders das Verhältnis von gerechtem Frieden und dem Konzept der Schutzverantwortung in schwersten Fällen der Menschenrechtsverletzungen, des Völkermords und eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit bleibt weiter zu klären.« Seine Erwartungen richten sich angesichts der Ergebnisse der EKD-Kammer jedoch ebenso an die Politik: Sollte es trotz militärischer Zurückhaltung dazu kommen, dass »das Parlament innerhalb enger Kriterien entscheidet, Soldatinnen und Soldaten in einen Einsatz zu schicken, ist das ohne ein politisches Gesamtkonzept, das ein Ende des Einsatzes vorvornherein mitbedenkt, nicht zu rechtfertigen«.

Derzeit richten sich die Augen der internationalen Öffentlichkeit auf Syrien. Für ein dortiges Eingreifen sei jedoch zunächst einmal ein UN-Mandat notwendig, erklärt der Kammervorsitzende Hans-Jürgen Papier. Dies wiederum setze unter anderem eine »Aussicht auf Erfolg« voraus, rief der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts am 27. Januar in Erinnerung – und dabei gebe es noch »einiges zu hinterfragen«. D

Christ und Welt, Ausgabe 6/2014

Hans-Joachim Neubauer: Das Wesentliche - Afghanistan. Gute Frage, echt stark

Die Evangelische Kirche in Deutschland nimmt Stellung zur Bundeswehr am Hindukusch, ohne wirklich Stellung zu beziehen

Mit fünf Worten predigte sich Margot Käßmann vor vier Jahren ins Herz der deutschen Journalisten: »Nichts ist gut in Afghanistan.« Ein toller Satz, kurz, hart, absolut. Man kann ihn mögen oder ablehnen, er lässt sich leicht zitieren und leicht widerlegen. Vor allem: Er lässt sich nicht vergessen. Gute Parolen halten lange.

»Ich habe mich von diesem Satz nie distanziert, aber ich habe ihn differenziert«, sagte nun dieser Tage Nikolaus Schneider, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, vor Journalisten über die Worte seiner Amtsvorgängerin. Das »nie distanziert« erinnert an die Kontinuität einer protestantisch-kritischen Haltung zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Das Partizip »differenziert« dagegen markiert die militärpolitisch aktuell gültige Position.

Tatsächlich verhält sich die EKD »differenziert« zu der Tatsache, dass deutsche Soldaten im Auftrag des Bundestags am Hindukusch töten und getötet werden, friedliche Strukturen aufbauen helfen und versuchen, für Bildung und Sicherheit aktiv zu werden. Und für den Frieden, das »Kernthema« der Kirchen. Nach der Konjunktur des Begriffs »Kollateralschaden«, nach »Kundus«, nach mehr oder weniger »gezielten Tötungen« durch Drohnen hat die Idee eines »gerechten Krieges«, die vor 100 Jahren Zigtausende jubelnd in den Untergang zog, an Plausibilität verloren. Seit 2007, seit der EKD-»Friedensdenkschrift«, spricht man als Protestant lieber vom »gerechten Frieden«.

»Selig sind die Friedfertigen«, heißt die nun veröffentlichte »Stellungnahme« der EKD zum Einsatz in Afghanistan. Verfasst wurde sie von der Kammer für Öffentliche Verantwortung (KÖV) der EKD. Es geht um die »Aufgaben evangelischer Friedensethik«. Die bestehen zunächst einmal in

der Kritik jener Politik, die deutsche Soldaten nach Afghanistan brachte. Im Nachhinein lässt sich alles besser beurteilen. Bei der Vorstellung des Textes beschwor Hans-Jürgen Papier, Ex-Bundesverfassungsrichter und nun Vorsitzender der KÖV, das »Manko«, »dass man nicht aufgrund eines konzisen Gesamtkonzeptes da reingegangen ist«.

Eine direkte Antwort auf die Frage, ob der Einsatz überhaupt gerechtfertigt sei, vermied er: »Militäreinsätze müssen von Beginn an durch Evaluation begleitet sein«, sagte er stattdessen, und: »Gegen die Eigendynamik und Zwangsläufigkeit militärischer Gewalt müssen Einsätze Gegenstand politischer Lernprozesse und Fehleranalysen sein.« Eine geradezu normative Urteilsbegründung, der nichts fehlt als das Urteil. Wer ein konkretes Ja oder Nein sucht, wird bei der EKD von heute nicht fündig.

Eher scheint eine Art von Lust am Dilemma vorzuherrschen, ein erkenntnistheoretisch und vor allem juristisch gewichtetes Sowohl-als-auch, eine diskursive Feier des Konsenses, der auch die schmalste abweichende Meinung mit abbildet. Es ist eben alles ziemlich kompliziert. Margot Käßmann wird noch zitiert, aber ihre Zeiten sind vorüber. Wer sich heute als führender Protestant hinstellt und mit den Worten »Hier stehe ich und« anhebt, endet mit »bin differenziert«. Nichts ist einfach in Afghanistan.

Tatsächlich entspricht der systematische Hang zum Widerspruch den Widersprüchen des Auftrages, mit Waffen Frieden zu schaffen oder gar Deutschlands Sicherheit am Hindukusch zu verteidigen. Das ist eben eines von jenen Dilemmata, für die Nikolaus Schneider so treffende Worte parat hat: »Da kann man auf zwei Seiten vom Pferd fallen.«

Gläubige suchen Orientierung, Soldaten klare Führung. Journalisten brauchen starke Worte. Gefragt, ob angesichts der Opiumproduktion, des Analphabetismus und der zunehmenden Gewalt der Einsatz nun im Ganzen gerechtfertigt sei, antwortete Schneider: »Eine gute Frage, eine starke Frage« – eine Antwort, in der sich die Lust an der Balance mit der Freude am Konsens und einer Sehnsucht nach diskursivem Frieden verbindet.

Dass sich die Widersprüche versöhnen, wenn man sie benennt, ist das Versprechen, wenn nicht der Theologie, so doch der Philosophie. Wer keinen Fehler macht, hat keine Feinde, wer keine Feinde hat, hat seinen Frieden. Vielleicht meint ja »Selig sind die Friedfertigen«, der Titel der Stellungnahme, die kaum Stellung nimmt, gerade die, die sie verbreiten; »...denn sie werden Kinder Gottes heißen«, lautet der zweite Teil des Satzes. Wer seinen Frieden macht, hat es geschafft, irgendwie. **D**

Junge Welt, 1.2.2014

Horsta Krum: Krieg als notwendiges Übel. Die evangelische Kirche und ihre Stellungnahme zum Afghanistan-Einsatz

Selig sind die Friedfertigen« – unter diesem biblischen Zitat hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) diese Woche eine Stellungnahme zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan veröffentlicht, in der sie nach ethischen Kriterien für einen »gerechten Frieden« fragt.

Wie sonst auch, arrangiert sich die EKD mit den Mächtigen. Krieg wird beispielsweise als »militärische Friedensmission« bezeichnet. Zwar zieht das Papier eine realistische Bilanz der Situation in Afghanistan und schildert ungeschönt die katastrophalen Zustände, unter denen die Zivilbevölkerung leidet. Aber immer wieder wird diese Bestandsaufnahme relativiert. Die Verantwortlichen werden damit entlastet. Daß es in manchen Detailfragen Differenzen unter den Autoren gibt,

ändert nichts am Grundkonsens, »daß ein militärisches Eingreifen zur Erhaltung oder Aufrechterhaltung einer Rechtsordnung (...) möglich« ist. Ungeachtet der Realität von Brüchen des Völkerrechts sowohl beim Afghanistan-Einsatz als auch in anderen Kriegen, an denen sich die Bundesrepublik beteiligt, zeigt sich die EKD zuversichtlich, daß in Zukunft militärische Gewalt »an hohe rechtliche Schranken und verlässliche völkerrechtliche Verfahrensregeln« gebunden sein wird.

Und der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider demonstrierte im Deutschlandfunk-Interview am Montag in aller Deutlichkeit, daß die Regierenden von seiner Institution auch in Zukunft kein ernsthaftes Veto befürchten müssen, wenn Deutschland weiterhin Kriege führt. Wie weiland Au-

ßenminister Joseph Fischer (Grüne) bei der Intervention in Jugoslawien, bemühte er das Wüten der deutschen Faschisten als Begründung dafür, daß militärische Gewalt manchmal »die Ultima ratio« sein müsse, die somit auch »eine relative Legitimität« habe.

Mit Blick auf den von einem Bundeswehroberst befohlenen Bombereinsatz am 4. September 2009 bei Kundus räumte Schneider ein, es hätten sich während des Afghanistan-Einsatzes »Konstellationen ergeben«, die »dann sehr gewaltförmig waren«. In der »Kammer für öffentliche Verantwortung«, in der die Schrift erarbeitet wurde, habe es verschiedene Positionen gegeben, darunter auch solche, denen zufolge solche Vorkommnisse »gerade noch zu rechtfertigen« seien. Nach Einschätzung Schneiders hat die Bundeswehr insgesamt »Voraussetzungen verbessert, daß Frieden geschaffen werden kann«. Gleichwohl ist ihm bewußt, daß Krieg »mit den Worten Jesu« nicht zu rechtfertigen ist. Aber die heutige Welt sei eben »noch nicht das Reich Gottes«. Will der Theologe

Schneider damit suggerieren, Jesus habe seinerzeit in einer weniger gewalttätigen, ungerechten und konfliktbeladenen Welt gelebt als wir? Oder meint er, der Gottessohn sei eben zu naiv gewesen?

Papst Franziskus sagte vor zwei Monaten in aller Deutlichkeit: »Diese Wirtschaft tötet.« Er meinte explizit den Kapitalismus. Die deutsche evangelische Kirche beruft sich auf den mutigen Martin Luther. Warum kann sie nicht sagen: Krieg tötet, und die Überlebenden schädigt er in nicht zu rechtfertigender Weise? Sie kann es nicht, solange die enge personelle und strukturelle Verflechtung von Kirche und Staat in der Bundesrepublik weiter besteht, solange die Kirche finanziell vom Staat anhängig ist und dies auch nicht anders will. So lange werden wir vergebens auf ihr klares Nein zum Krieg warten.

Unsere Autorin ist Pfarrerin im Ruhestand und langjähriges Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz. 

Bayerische Rundschau vom 1.2.2014 / Stadtseite

Martin Fleischmann, Guttenberg: Selig sind die Friedfertigen

»Nichts ist gut in Afghanistan.« Mit diesem Satz spitzte die damalige Bischöfin Margot Käßmann die Debatte um den Bundeswehreininsatz am Hindukusch zu. Kurz vor dem Abzug der Soldaten kommt nun eine Stellungnahme der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zu dem Schluss: Nicht alles ist schlecht in Afghanistan. Vier Jahre nach Käßmanns Äußerung veröffentlichte die EKD letzte Woche eine Art Zwischenbilanz zum Afghanistan-Einsatz.


»Selig sind die Friedfertigen«, lautet der Titel des Textes. Er schillert zwischen zwei Polen. Von Verdiensten während der Friedensmission ist genauso die Rede wie von Versäumnissen. Von einer bleibenden Vorrangstellung der Gewaltlosigkeit genauso wie die Möglichkeit militärischer Gewalt.

Damit umreißt die Stellungnahme genau das Zentrum einer christlichen Friedensethik im Sinne von Mt 5,9: »Selig sind die Friedfertigen.« Hier werden doch genau diejenigen selig genannt, die am Frieden arbeiten. Die Menschen, die den Frieden fertigen wie ein Handwerker sein Werkstück fertigt. Eben wie unsere Soldaten am Hindukusch

mit ihrer Kraft und ihrem Leben dafür arbeiten, dass dort ein geregelter Alltag möglich wird. Und zweifelsohne ist das Leben in Masar-i-Sharif heute ein anderes als unter den Taliban. Es gibt unter deutscher Flagge große Fortschritte im Bereich Bildung, Frauenrechte oder Infrastruktur.

Trotz Abzug sind die Friedfertigen dort aber lange noch nicht fertig. Es fehlt an bleibender Sicherheit. Deshalb muss die kritische Frage erlaubt sein: Hat sich diese Arbeit gelohnt, und waren die Werkzeuge die richtigen?

Mit ihrer Stellungnahme erinnert die EKD zuletzt auch daran, was in der ganzen Debatte ein christlicher Standpunkt ist: Ja zur Gewaltlosigkeit, aber auch Nein zu bloßem Gerede. Die Liebe wird durch Taten sichtbar. Doch sie müssen dazu beitragen, den Frieden auf Dauer zu festigen. Gerade wenn man sich der ultima ratio des Krieges bedient. Nicht alles ist schlecht in Afghanistan, aber auch vieles nicht gut. Die Friedensarbeit geht also weiter.

(Martin Fleischmann ist evangelischer Gemeindepfarrer in Guttenberg, Dekanat Kulmbach) 

ASP-Kurier Unterfranken, vom 8.2.2014

Gerhard Arnold: »Selig sind die Friedfertigen«. Neues EKD-Papier zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan veröffentlicht

Das neue Dokument im Umfang von 40 Seiten reiner Text kann als kirchlich-theologische Aufarbeitung der Käßmann-Kontroverse zu Beginn des Jahres 2010 gelesen werden. Das Diktum der damaligen Ratsvorsitzenden der EKD, wonach in Afghanistan nichts gut sei, hat zwei Monate lang für sehr heftige öffentliche Kontroversen in der evangelischen Kirche, in Politik und Gesellschaft gesorgt.

Der Besuch des neuen EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider im Februar 2011 in Afghanistan und seine Auswertung hat den Impuls zu dem jetzigen Arbeitspapier gegeben.

Es bietet »eine friedensethische und friedenspolitische Reflexion der Entwicklungen in Afghanistan« und fragt, »wie die 2007 entwickelten normativen Prinzipien und Kriterien im Blick auf den Afghanistan-Einsatz zu konkretisieren sind und ob sie im Licht der dort gemachten Erfahrungen der Kritik und Weiterentwicklung bedürfen.«

Die zuständige Kammer für Öffentliche Verantwortung hat sich mit diesem Arbeitsvorhaben sehr viel, ja zu viel vorgenommen. Nur wenige Mitglieder der Kammer sind mit dem Thema vertraut. General a.D. Glatz, früher Nationaler Befehlshaber der Bundeswehr für alle Auslandseinsätze, ist der einzige ausgewiesene Afghanistan-Spezialist. Er kennt das Land auch durch viele Besuche.

Die Kammer-Mehrheit hatte vor einem Jahr dem Vernehmen eine einseitige und im Urteil weithin negative Sicht des deutschen Afghanistan-Engagements zu Papier gebracht. Erst nach heftigen internen Kontroversen konnte eine gemeinsam getragene Endfassung erstellt werden, in der die unterschiedlichen Beurteilungen nebeneinander gestellt wurden. Diese Probleme wären zu vermeiden gewesen, wenn die Kammer als ganze bereit gewesen wäre, die vielen Meinungsunterschiede in der Fachdiskussion zu Afghanistan anzuerkennen und auf eigene pointierte Stellungnahmen zu verzichten.

Am meisten überzeugt das 4. Kapitel: *Die Situation der deutschen Truppen in Afghanistan und die Aufgaben der Seelsorge in der Bundeswehr*. Einfühlsam und kenntnisreich werden die vielfälti-

gen Belastungssituationen der Soldaten geschildert, auch die besonderen Belastungen und die ethischen Fragen im Zusammenhang mit dem Schusswaffeneinsatz. Auf qualifizierende eigene Urteile wird zu Recht verzichtet. Daneben kommt der vielfältige und wichtige Dienst der Militärseelsorge bei der kämpfenden Truppe aber auch in den psychosozialen Netzwerken in den Heimatstandorten zur Sprache.

Das neue Dokument wirft nur beispielhaft folgende drei Fragen auf:

1.
Ist es sinnvoll, ein knappes Jahr vor Beendigung des internationalen ISAF-Einsatzes jetzt schon eine weitreichende Beurteilung vorzunehmen?

Es sei an den 1998/99 äußerst heftigen, auch kirchlichen Streit über eine mögliche NATO-Intervention im Kosovo-Konflikt erinnert. Ungeachtet schwerer Mängel bei der Operationsvorbereitung und der fraglichen völkerrechtlichen Grundlage hat sich seit dem Juni 1999 die Lage im Kosovo trotz mancher Rückschläge zum Besseren entwickelt.

Was Afghanistan angeht, so möge die EKD bedenken, dass nicht sie, sondern nur die Afghanen in angemessenem zeitlichen Abstand entscheiden müssen, ob sich die westliche Intervention für sie gelohnt hat. Bezeichnenderweise nimmt die EKD-Studie auf keine Meinungsumfragen in Afghanistan Bezug.

Staatsbildungsprozesse und ziviler Wiederaufbau in zersplitterten Stammesgesellschaften sind langwierig und sehr konfliktreich. Eine wichtige Tugend bei der Begleitung solcher Prozesse durch internationale Akteure ist Geduld. Die Kammer hat das kaum bedacht.

2.
Auch das Leitbild des gerechten Friedens nötigt zu Rückfragen. Es ist ganz selbstverständlich der Friedensdenkschrift der EKD von 2007 entnommen. Die dortige Begründung steht auf sehr wackligen Füßen, weil es die wichtige Unterscheidung von Frieden Gottes und dem Frieden der Welt im Neuen Testament unzulässig verwischt.

Darüber hinaus stellt die Friedensdenkschrift nicht deutlich genug heraus, ob der gerechte Friede mit dem Anspruch universaler Geltung befrachtet ist oder begrenzter als kirchlicher Beitrag für die deutsche politische Diskussion anzusehen ist.

Es kann nicht befriedigen, wie im neuen EKD-Papier geschehen, wenn man den hohen Anspruch des gerechten Friedens an die archaische Stammesgesellschaft des islamischen Afghanistan anlegt.

3.
Die Anwendung von sechs friedensethischen Beurteilungskriterien aus der genannten Denkschrift wirft ebenfalls Fragen auf. Dazu gehören z.B. die Erfolgsaussicht des Einsatzes und seine Einbindung in ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept. Weiter müssen »die ‚persönlichen Belastungen und Risiken‘ für Interventions- und betroffene Zivilisten verantwortbar sein und im Verhältnis zur Legitimität und Realisierbarkeit der angestrebten Ziele stehen.« (S.16).

Diese und weitere Kriterien entbehren bis heute einer soliden Begründung. Sie sind nachweislich der 2006/2007 geführten öffentlichen Diskussion über den Bundeswehr-Einsatz vor der Küste des Libanon und im Kongo entnommen und machen den Eindruck der Beliebigkeit. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, zuerst die Kriterienfrage friedensethisch neu und gründlich zu bearbeiten, ehe die alten Kriterien kritiklos auf Afghanistan angewendet werden?

Die Hauptfrage bleibt aber, welchen Gewinn interessierte kirchliche und andere Leser aus einem umfangreichen Dokument ziehen sollen, das in der Schlussbemerkung feststellen muss, dass sich die Kammer nicht einig war, ob der Bundeswehreininsatz nun friedensethisch noch legitimiert ist oder nicht.

(Der ASP-Kurier ist eine Publikation des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der CSU)

D

Magdeburger Volksstimme, 28.1.2014

Steffen Honig: Afghanistan ist Mahnung

Die Evangelische Kirche hat sich stets schwer getan mit dem Afghanistan-Einsatz als umstrittenstem Fall deutscher Auslandsmissionen. Nun endlich hat sich die Kirchenführung zu einem Positionspapier durchgerungen. Sie geht darin zwar nicht soweit wie ehemals Bischöfin Margot Käßmann, die nichts Gutes in der Hindukusch-Mission zu sehen vermochte. Doch jetzt wird gefordert: Vor dem Marschbefehl in ein fremdes Land müssen die Ziele des Einsatzes eindeutig fixiert sein, einschließlich einer Ausstiegsstrate-

gie. Eine eindeutige Botschaft angesichts der Fehler in Afghanistan.

Das Papier wirkt wie ein Begleitschreiben zu den jüngsten Äußerungen von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Entwicklungsminister Gerd Müller. Danach sollen deutsche Soldaten in Verbindung mit zivilen Helfern noch weit umfangreicher als bisher bei Friedens- und Rechtsstaatsmissionen tätig werden. Ziehen die Verantwortlichen dabei aus Afghanistan keine Lehren, wird sich das furchtbar rächen.

D

Bayernkurier, Ausgabe 5/2014

Wolfram Göll: Differenzierte Sicht auf Afghanistan. Evangelische Kirche legt Papier zum Militäreinsatz vor

Berlin / Hannover – Eine überraschend »differenzierte und abgewogene« Stellungnahme hat die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) zum Ende des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr vorgelegt. Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU, Christian Schmidt,


lobt, man könne »herauslesen, dass die EKD den Dienst der Bundeswehr in Afghanistan grundsätzlich mitträgt«.

Beobachter der kirchlichen Szene dürften den schrillen Satz der damaligen EKD-Ratsvorsitzen-

den Margot Käßmann noch im Ohr haben: »Nichts ist gut in Afghanistan«, befand sie im Jahr 2010 und forderte »mehr Phantasie für den Frieden«. Zu Recht warfen ihr Politiker jeder Couleur damals Naivität vor.

Deutlich differenzierter liest sich das 60-seitige Papier, das die »Kammer für Öffentliche Verantwortung« der EKD unter Vorsitz des langjährigen Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier jetzt vorgelegt hat. Die Kammer konnte sich nicht zu einer gemeinsamen Position durchringen. Pazifisten und Realisten argumentieren komplett unterschiedlich. Es bleibt ein unauflöslicher Dissens, der in der Schrift abgebildet ist. »Was zunächst als Schwäche des Papiers erscheinen könnte, kann man auch als Stärke sehen«, meint Christian Schmidt dazu. Man spüre, dass in der Diskussion die unterschiedlichen Ansätze der

Anwendung oder Androhung von »rechtserhaltender Gewalt« unterschiedlich gesehen worden seien. »Eine Auflösung dieses Spannungsverhältnisses wäre auch nicht realistisch gewesen und hätte einen Konsens behauptet, den es hier nicht gibt«, so Schmidt. Positiv bewertet der EAK-Chef auch die Betonung des »vernetzten Ansatzes« – also der Erkenntnis, dass zur Krisenbewältigung und Krisenverhinderung mehrere verschiedene Instrumente gehören.

Auch die »seelsorgerisch sehr einfühlsame Darstellung der enormen Belastungen der Soldaten vor Ort« sei zu begrüßen. Es bleiben aber genügend »offene und strittige Diskussionsaspekte« übrig, wie die Bewertung des Einsatzes von Drohnen oder die komplexen Fragen bezüglich der langfristigen friedenspolitischen Zielformulierungen. 

Deutschlandfunk, Beitrag in der Sendung Tag für Tag, 27.2.2014

Matthias Bertsch: Damit Friedensmissionen zum Erfolg führen

Mit dem Papier »Selig sind die Friedfertigen« nimmt die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) erneut Stellung zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie ein gerechter Frieden aussehen kann und muss.

»Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen.« Unter diesem Titel hatte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im Oktober 2007 eine 130-seitige Denkschrift vorgelegt. Die grundsätzliche Position, die darin zum Ausdruck kam – und die von den Erfahrungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan geprägt war –, lässt sich in der Formel zusammenfassen: »Wer den Frieden will, muss für einen gerechten Frieden eintreten und darf nicht den Krieg vorbereiten«.

Die neue Stellungnahme zur Friedensethik, die heute Mittag unter dem Titel »Selig sind die Friedfertigen – Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik« vorgestellt wird, aktualisiert die Denkschrift von 2007. Im Zentrum stehe die Frage, ob sich die damalige Grundüberzeugung in der Praxis bewährt habe, sagt die Friedensforscherin Eva Senghaas-Knobloch, die beide Texte mit verfasst hat.

»Ich glaube, dass sie sich sehr bewährt hat in der Reflexion was geschieht vor Ort, wenn immer solche Militäreinsätze entschieden werden. Das

hat damit zu tun, dass wir in diesem Ansatz des gerechten Friedens, der ja ökumenisch sehr stark verbreitet und konsensual getragen wird, dass wir da etwas vorliegen haben, was einerseits eine biblische Begründung hatte, aber darüber hinaus ja auch anschlussfähig ist an das, was wir inzwischen in der modernen Friedensforschung an allgemeinen Befunden vorliegen haben.«

Vier zentrale Punkte des Papiers

Vier Punkte seien zentral, um in einem Konflikt zu einem gerechten Frieden zu kommen: Der Schutz vor Gewalt sei genauso unverzichtbar wie der Schutz der Freiheit, doch beide müssten rechtlich eingebunden sein. Außerdem müssten die Menschen vor existenzieller Not geschützt werden. Der vierte Punkt deutet auf eine wichtige Erfahrung im Afghanistan-Krieg hin: Kulturelle Verschiedenheiten müssten anerkannt und respektiert werden. Dies alles, so Senghaas, mache eine genaue Landeskenntnis im Falle eines Militäreinsatzes, der zum Frieden führen solle, unverzichtbar. In Afghanistan dagegen seien von Anfang an zwei Konzepte aufeinandergeprallt: Eine Kriegslogik, die den Kampf gegen Terror über alles stellte, und die von der EKD favorisierte Friedenslogik.

»Man hätte also sehr schnell mit dem Einsatz zur Selbstverteidigung aufhören müssen, spätestens nachdem die Taliban-Regierung aus ihren Ämtern

verjagt worden ist und hätte sich ganz stark konzentrieren müssen auf das, was der Auftrag von ISAF war, nämlich stabilisieren und das heißt, eben Friedensanstrengungen zu unternehmen, das heißt Beziehungen knüpfen. In einer Kriegslage schalte ich den Feind möglichst aus, in einer Friedensmission suche ich, Gegner miteinander wieder gesprächsfähig zu machen.«

Kritische Position gegenüber dem Afghanistan-Einsatz

Eine Position, die die ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Margot Käßmann, schon vor bald vier Jahren stark machte – auf dem damaligen ökumenischen Kirchentag in München.

»Ich lasse mich gerne lächerlich machen, wenn Menschen mir sagen, ich solle mich doch mit den Taliban in ein Zelt setzen und bei Kerzenlicht beten. In der dortigen Kultur wäre das vielleicht sogar eine angemessene Form, Frieden zu schließen, jedenfalls eher als das Bombardement von Tanklastzügen.«

Der Applaus für Käßmann belegt, dass ihre kritische Haltung gegenüber dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr viel Anklang fand und wohl noch heute findet. Doch die breite Zustimmung im Kirchenvolk kann nicht darüber hinweg täuschen, dass der Einsatz in der evangelischen Kirche kontrovers diskutiert wird. Während sich Pazifisten auf das Vorbild Jesu und die Feindesliebe der Bergpredigt berufen, halten andere, wie der derzeitige Ratsvorsitzende, Nikolaus Schneider, die radikale Gewaltlosigkeit der Pazifisten für nicht praktikabel.

»Die werde ich immer verteidigen, weil sie wirklich ganz viel Recht haben. Es gibt einen winzigen Punkt, wo ich sage: Davon muss man abweichen, weil es die Realität des Bösen in der Welt gibt, die sich mit Gewalt verbindet, und da gibt es Situationen, wo ich nicht ohne Schuld rauskomme, nämlich wenn ich selbst auf Gewalt verzichte und lass sie gewähren, dann werde ich schuldig gegenüber den Opfern, für die ich mich hätte einsetzen können. Wenn ich selber zu Gewalt greife, verstricke ich mich in Gewaltzusammenhänge und werde dadurch schuldig, ich komme nicht raus, so ist die Lage.«

Friedensethik der evangelischen Kirche

Auch das Konzept des gerechten Friedens, das der Friedensethik der evangelischen Kirche zugrunde liege, so Schneider, benötige einen Rechtsrahmen. Wenn Staaten und Rechtssysteme zerfielen und Menschen totaler Willkür ausgesetzt seien, stoße strikte Gewaltlosigkeit an Grenzen.

»In einer solchen Situation hält die Friedensdenkschrift und halte auch ich es für gerechtfertigt, dass in einer solchen Situation rechtserhaltende Gewalt eingesetzt wird, die dazu dienen muss, zivile Formen des Schutzes von Menschen aufzubauen. Das ist meine grundsätzliche Position und da muss man jetzt sehen, inwieweit sie sich etwa beim Afghanistan-Einsatz nun verifizieren oder falsifizieren lässt und das ist im konkreten nicht einfach und nie mit letzter Klarheit und Sicherheit festzustellen.«

In der Stellungnahme zur Friedensethik, die der EKD-Ratsvorsitzende heute in Berlin vorstellt, wird es vor allem um diese Erfahrungen in Afghanistan gehen, aber nicht nur um sie. Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr geht dem Ende zu, doch die nächsten Auslandseinsätze sind nur eine Frage der Zeit: Über einen Einsatz in Mali wird in den Parteien bereits jetzt heftig diskutiert. Umso wichtiger sei es, so die Friedensforscherin und Mitverfasserin des EKD-Textes, Eva Senghaas-Knobloch, sich im Vorfeld darüber zu verständigen, welche Ziele mit einem solchen Einsatz verfolgt würden.

»Dann kann es dazu auch gehören, dass man Militär braucht, das aber strikt unter einer klaren Vorstellung, wohin friedenspolitische Zielsetzungen gehen können, stehen würde, und das heißt, wirklich ganz genau vor Ort Kenntnisse zu haben, und sich nicht zu stark im ersten Schritt davon beeindrucken zu lassen, dass man sozusagen über einen schnellen militärischen Einsatz zu schnellen Erfolgen kommen könnte, wie gesagt, der Erfolg von Friedensmissionen heißt immer Erfolg für eine Friedensmission und nicht Sieg.«

Veröffentlicht auch auf der Homepage des Deutschlandfunks

www.deutschlandfunk.de
<http://u.epd.de/5vu>

Jahrgang 2013

- 26/13 – Themen u.a.: **EKD-Orientierungshilfe zum Thema Familie – Kirche und Recht – Reformationsgedenken 2017** – 36 Seiten / 4,10 €
- 27-28/13 – **Inklusive Bildung als evangelische Verantwortung** (Fachtagung von Comenius-Institut und EKD-Kirchenamt) – 60 Seiten / 5,10 €
- 29/13 – **Hauptversammlung des Reformierten Bundes** (Auswahl von Beiträgen) – 36 Seiten / 4,10 €
- 30/13 – **Zwischen Ethik und Exegese: Streit ums EKD-Familienpapier** (Reaktionen auf Orientierungshilfe) – 52 Seiten / 5,10 €
- 31/13 – **Islam und Reformation – Ist Toleranz genug?** (Evangelische Akademie Bad Boll) – 48 Seiten / 4,60 €
- 32/13 – **Fair Trade - unterwegs zu einer nachhaltigen Zukunftsgesellschaft** (Studie des Zukunftsinstituts Frankfurt und Materialien zum fairen Handel) – 32 Seiten / 4,10 €
- 33/13 – **Flüchtlinge in Not – Kirchen treten für besseren Schutz ein** (Beiträge zum 13. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz) 32 Seiten / 4,10 €
- 34/13 – Mystik zwischen Vision, Religion und Philosophie: **Nachdenken über Meister Eckhart** – 40 Seiten / 4,60 €
- 35/13 – **Wasser: Geschenk der Schöpfung, Quelle des Lebens** (Beiträge zur Strategischen Konsultation des Ökumenischen Wassernetzwerks) – 28 Seiten / 3,40 €
- 36/13 – Kirche, Familie, Entwicklung und Flüchtlinge: **Synopse der Programme zur Bundestagswahl** – 42 Seiten / 4,60 €
- 37/13 – **14. Versammlung der Konferenz Europäischer Kirchen** – 36 Seiten / 4,10 €
- 38-39/13 – **Krieg aus der Distanz: Drohnen fordern Friedensethik heraus** – 60 Seiten / 5,40 €
- 40/13 – **Grenzenlos - Migration in einer begrenzten Welt** (Beiträge einer Tagung von Brot für die Welt) – 32 Seiten / 4,10 €
- 41/13 – **Theologisches Symposium zur EKD-Orientierungshilfe Ehe und Familie** – 36 Seiten / 4,10 €
- 42/13 – **Bürgerkrieg in Syrien – was kann Kirche tun?** – 48 Seiten / 4,60 €
- 43/13 – **40 Jahre Leuenberger Konkordie** – Kirchengemeinschaft als zukunftsweisendes Modell kirchlicher Einheit? – 32 Seiten / 4,10 €
- 44/13 – **Offene Räume statt feste Burg** – Vor dem Reformationsjubiläum 2017 – 48 Seiten / 4,60 €
- 45/13 – **Neue Einsichten, neue Textfassung** - Rostocker Tagung zur Durchsicht der Luther-Bibel – 36 Seiten / 4,10 €
- 46/13 – **Den Fußspuren Gottes folgen** – Beiträge einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum über Pilgern, Gesundheit und Heil – 40 Seiten / 4,60 €

- 47/13 – **Solidarität und Zusammenhalt in Europa – Martin-Luther-Medaille 2013 für Jerzy Buzek** – 16 Seiten / 2,60 €
- 48/13 – **Die Schatten der Reformation** Notwendige Betrachtungen vor dem Jubiläum – 28 Seiten / 3,40 €
- 49/13 – **Pilgerreise zu Gerechtigkeit und Frieden (1)** (Dokumente der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen – 48 Seiten / 4,60 €
- 50/13 – **Pilgerreise zu Gerechtigkeit und Frieden (2)** (Dokumente der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen) – 24 Seiten / 3,40 €
- 51/13 – Themen: **Reformation und Politik** (Nikolaus Schneider) **Diakonie** (Uwe Becker) – 20 Seiten / 2,60 €
- 52/13 – **Orte und Charismen der Stadt in Transformation** (Beiträge zur Konsultation »Kirche und Großstadt in der EKD«) – 32 Seiten / 4,10 €

Jahrgang 2014

- 01/14 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2013** – 84 Seiten / 6,40 €
- 02/14 – **Vollkonferenz der Union Evangelischer Kirchen** (UEK) in der EKD – 20 Seiten / 2,60 €
- 03/14 – **Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)** – 40 Seiten / 4,60 €
- 04/14 – **EKD-Synode 2013** (Berichte und Beschlüsse) – 64 Seiten / 5,40 €
- 5/14 – **Gefordert und gefördert: Wie selbstbestimmt ist ehrenamtliches Engagement?** (Dritte Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft) – 84 Seiten / 6,40 €
- 6/14 – »**Selig sind die Friedfertigen**« **Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik** (Eine Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD) – 40 Seiten / 4,60 €
- 7/14 – »**Das Evangelium, die Unerreichten und die Region**« (EKD-Reformzentrum für Mission in der Region) – 60 Seiten / 5,10 €
- 8/14 – »**Wenn Angst die Seele frisst ...**« **Das Risiko beruflichen Scheiterns als Herausforderung für Einzelne und die Unternehmenskultur** (Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland) – 32 Seiten / 4,10 €
- 9/14 – **Heilung der Erinnerungen.** Das Verhältnis der evangelischen Frei- und Landeskirchen im 19. Jahrhundert. (Ein Forschungsprojekt in der Reformationsdekade) – 40 Seiten / 4,60 €
- 10/14 – **Auf dem Wege der Gerechtigkeit ist Leben.** Nachhaltige Entwicklung braucht Global Governance (Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung) – 64 Seiten / 5,40 €

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2014

- 11/14 – **»Wirtschaftliche Interessen und Menschenrechte – Kriterien für den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Krisengebieten«** (Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen) – 56 Seiten / 5,10 €
- 12/14 – **Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft** (Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung) – 28 Seiten / 3,40 €
- 13/14 – **Engagement und Indifferenz Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis** (V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft) – 48 Seiten / 4,60 €
- 14/14 – **»Die Erosion von Anerkennung. Soziologische und theologische Perspektiven«** (Symposium der Evangelischen Akademie der Nordkirche) – 40 Seiten / 4,60 €
- 15/14 – **»Roma – eine unerwünschte Minderheit in Europa?«** (Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland in Kooperation mit ROM e.V.) – 36 Seiten / 4,10 €
- 16/14 – **»... unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden sorgen« (Barmen V). Reformation – Politik – Polizei** (Symposium des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Polizeiseelsorge in Deutschland) – 28 Seiten / 3,40 €
- 17/14 – **»Abbrechen hat seine Zeit, bauen hat seine Zeit«** (2. Land-Kirchen-Konferenz) – 60 Seiten / 5,40 €
- 18/14 – **Christlicher Medienkongress** – 40 Seiten / 4,60 €
- 19/14 – **Streitpunkt kirchliches Arbeitsrecht. Von der Konfrontation zur Kooperation?** (Fachtag der Evangelischen Akademie Baden und des Kirchlichen Diensts in der Arbeitswelt (KDA) – 36 Seiten / 4,10 €

20/14 – **Zahlen für den Krieg? – Gewissensfreiheit contra Steuerpflicht** (Studententag der Evangelischen Akademie Hofgeismar) – 76 Seiten / 5,90 €

21/14 – **Paradoxie der Freiheit. Zur Relevanz von Luthers ökonomischer Kritik und Calvins Wirtschaftsmoral für das Verhältnis von Kirche, Staat und Wirtschaft** (Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland) – 60 Seiten / 5,40 €

22/14 – **Rechtfertigung und Freiheit – 500 Jahre Reformation 2017** (Ein Grundlagentext des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland) – 24 Seiten / 3,40 €

23/14 – **Kultur für alle – neue Wege zu einem großen Ziel** (Auszüge aus der Studie ‚Interkulturelles Audience Development. Zukunftsstrategien für öffentlich geförderte Kultureinrichtungen‘) – 24 Seiten / 3,40 €

24/14 – **Pfarrhaus im Wandel** (Beiträge einer Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin und Auszüge aus einer Podiumsdiskussion des Deutschen Historischen Museum) – 68 Seiten / 5,40 €

25/14 – Themen: **Nachhaltigkeit und Lob des Schöpfers – Plädoyer für eine ökologische Ethik aus orthodoxer Sicht** (Patriarch Bartholomäus) **Perspektiven 2017: Andere politische Reformatoren: Querdenker der Reformation – Bartolomé des Las Casa, Thomas Müntzer und Sebastian Castellio** – 32 Seiten / 4,10 €

26/14 – **Umkehr und Erneuerung – Theologie und Religionsunterricht im Angesicht Israels** (Beiträge zum Gedenken an Prof. Dr. Heinz Kremers) – 28 Seiten / 3,40 €

27/14 – **Soziale Selbstverantwortung: Evangelisch! Wertvoll! Gut!** (Fachtagung des Bundes Evangelischer Arbeitnehmer (BEA) im evangelischen Verband Kirche Wirtschaft Arbeitswelt (KWA) der EKD) – 32 Seiten / 4,10 €

28/14 – **Selig sind die Friedfertigen!** Reaktionen auf das Afghanistan-Papier der EKD vom 27. Januar 2014 – 44 Seiten / 4,60 €

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation
(ISSN 1619-5809) kann im
Abonnement oder einzeln
bezogen werden.
Pro Jahr erscheinen mindes-
tens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:
GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-191.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: vertrieb@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monat-
lich 27,25 € inkl. Versand (mit
Zugang zum digitalen Archiv:
31,80 €). E-Mail-Bezug im PDF-
Format 25,75 €. Die Preise für
Einzelbestellungen sind nach
Umfang der Ausgabe und nach
Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den
Preis eines Einzel Exemplars;
dazu kommt pro Auftrag eine
Versandkostenpauschale (inkl.
Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf
chlorfrei gebleichtem Papier
gedruckt.